

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 8. Oktober 1971

I/4 (V/2) — 501 03 — Ha 4/71

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 110 Abs. 3 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 1972
(Haushaltsgesetz 1972)

mit Begründung.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne des Haushaltsplans 1972 sind diesem Schreiben beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen.

Den Voranschlag Einzelplan 20 — Bundesrechnungshof —, über den kein Einvernehmen erzielt worden ist, füge ich gemäß § 29 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung unverändert bei.

Für den Epl. 02 (Deutscher Bundestag) sind im Finanzplan 155 Millionen DM für das Haushaltsjahr 1972 vorgesehen. Da ein gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages aufgestellter Voranschlag noch nicht vorliegt, enthält der Entwurf des Epl. 02 lediglich eine Zusammenstellung der Summen der Einnahme- und Ausgabegruppen unter Zugrundelegung der Soll-Zahlen für das Haushaltsjahr 1971 zuzüglich des für die Fortschreibung des Finanzplans angemeldeten Mehrbedarfs für 1972. Ein aufgegliederter Plan wird vorgelegt, sobald der vom Ältestenrat des Deutschen Bundestages entsprechend der Geschäftsordnung aufgestellte Voranschlag eingegangen ist.

Brandt

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 1972
(Haushaltsgesetz 1972)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1972 wird in Einnahme und Ausgabe auf

106 570 000 000 Deutsche Mark

festgestellt.

(2) Für die in der Anlage zu diesem Gesetz bezeichneten zusätzlichen Maßnahmen dürfen Ausgaben bis zur Höhe von **2 500 000 000 Deutsche Mark** geleistet werden, wenn und soweit es die Bundesregierung auf Antrag des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen beschließt. Die erforderlichen Mittel zur Deckung der zusätzlichen Ausgaben sind gem. § 7 Abs. 1 und § 15 Abs. 5 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) den Konjunkturausgleichsrücklagen des Bundes zu entnehmen.

§ 2

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1972 Kredite bis zur Höhe von **4 716 000 000 Deutsche Mark** aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1972 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt.

§ 3

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von **7 000 000 000 Deutsche Mark** aufzunehmen. Darauf sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.

§ 4

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr Gesellschaften des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung des Baues von Bundesfern-

straßen auf Grund des Artikels 2 Abs. 2 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 201), geändert durch das Gesetz über Umstellung der Abgaben auf Mineralöl vom 20. Dezember 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 995), und mit der Finanzierung von Investitionsvorhaben des Wasserstraßenbaues bis zur Höhe von insgesamt **600 000 000 Deutsche Mark** beauftragen.

§ 5

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02 veranschlagten Ausgaben;
2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Ausgaben;
3. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423, 425 und 426 zur Verstärkung von Ausgaben bei Titeln der Gruppen 443 und 453.

(2) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 511 bis 519, 523, 526, 527, 531, 539 und 547 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(3) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551, 553 bis 559 der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben. § 37 der Bundeshaushaltsordnung bleibt unberührt.

(4) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages anzuordnen, daß Einsparungen bei Titeln des Kapitels 10 04 zur Verstärkung der Ausgaben bei Titeln der Kapitel 10 02 und 10 03 verwendet werden.

§ 6

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Bundesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, solange ein Haushalts- oder Wirtschaftsplan nicht von dem zuständigen Bundesminister und dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen gebilligt ist. Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen hat vor der Aufhebung der Sperre die Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einzuholen, **wenn die Zuwendung den Betrag von 200 000 Deutsche Mark im Haushaltsjahr überschreitet.**

§ 7

Der Bund kann den Ländern auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen Finanzhilfen im Sinne des Artikels 104a Abs. 4 des Grundgesetzes nach Maßgabe der dafür im Bundeshaushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel gewähren.

§ 8

Abweichend von § 35 der Bundeshaushaltsordnung sind zuviel gezahlte Personalausgaben in jedem Fall von der Ausgabe abzusetzen. Das gleiche gilt für die Umsatzsteuer-Kürzungsbeträge nach § 2 des Berlinförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Oktober 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 1481).

§ 9

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausfuhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —,
- b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausfuhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;
2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung bilateraler Kapitalhilfe,
- b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;
3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine

Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —;

4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können —.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 33 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt **11 500 000 000 Deutsche Mark** festgesetzt.

§ 10

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zur Höhe von **2 000 000 000 Deutsche Mark** zu übernehmen.

§ 11

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 1 500 000 000 Deutsche Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen im Einvernehmen mit den sonst beteiligten Fachministern festlegt.

§ 12

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von **28 300 000 000 Deutsche Mark** zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens;
3. zur Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;

4. zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen;
5. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1001) —;
6. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzblatt I S. 565);
7. zur Förderung der Fischwirtschaft;
8. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;
9. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1909), zuletzt geändert durch das **Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin vom 10. Mai 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 445)**;
10. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, insbesondere aus Anlaß
 - a) des Betriebs von Atomanlagen sowie der Beförderung und Verwendung von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen für friedliche Zwecke,
 - b) des Bezugs solcher Stoffe,
 soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;
11. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;
12. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte gemäß dem Gesetz zur Sicherstellung der Grundrentenabfindung in der Kriegsoferversorgung vom 27. April 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 413) aufnimmt;
13. für Kredite, die die vom Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit beauftragten Einrichtungen zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern gemäß dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) vom (Bundesgesetzbl. I S.) aufnehmen;
14. für ein Darlehen, das die Mühlenstelle zur Vorfinanzierung von Abfindungen für die Stilllegung von Mühlen nach dem Gesetz über Maßnahmen zur Schaffung einer leistungsfähigen Struktur des Mühlengewerbes (Mühlenstrukturgesetz) vom (Bundesgesetzbl. I S.) aufnimmt;
15. zur Abdeckung von Risiken der Versicherungswirtschaft aus der Versicherung des Kriegsrisikos für den grenzüberschreitenden Gütertransport im See- und Luftverkehr;
16. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 13

Gewährleistungen nach den §§ 9 bis 12 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 14

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 9 bis 12 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 9 bis 12 des Haushaltsgesetzes 1971 enthalten sind. Die Anrechnung erfolgt, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(2) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 9 bis 12 können mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 15

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen zusätzlich auszubringen, wenn ein unvorhergesehenes und unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung eines Nachtragshaushalts oder des Haushaltsgesetzes für das Haushaltsjahr 1973 ausschließt. Die zusätzlichen Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen. Über den weiteren Verbleib ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden. **Bis zu dieser Entscheidung findet § 47 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung in derartigen Fällen keine Anwendung.**

(2) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 8 und 12 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ oder „künftig umzuwandeln“ versehen sind, nicht zu berücksichtigen. Dies gilt nicht, wenn der Vermerk „künftig wegfallend“ den Zusatz trägt „mit Wegfall der Aufgabe“.

§ 16

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen kann ferner im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 finden entsprechende Anwendung, wenn eine Beamtin gemäß § 79a Abs. 1 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes oder eine Richterin gemäß § 48a Abs. 1 Nr. 2 des Deutschen Richtergesetzes, beide Bestimmungen eingefügt durch das Sechste Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. März 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 257), ohne Dienstbezüge langfristig beurlaubt wird.

(5) Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer Auslandshandelskammer oder

als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen m. b. H. ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

(6) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 5 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 17

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofes des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem obersten Gerichtshof des Bundes zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 18

Die Vorschriften des Haushaltsgrundsatzgesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen sind auf die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04 und 60 06 des Bundeshaushaltsplans entsprechend anzuwenden. Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen kann Änderungen der Anlagen E, die auf Grund der endgültigen Feststellungen von Haushalts-, Nachtrags- oder Berichtigungshaushaltsplänen der Europäischen Gemeinschaften erforderlich werden, vornehmen und bekanntgeben.

§ 19

Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen wird ermächtigt, mit dem Träger der Rentenversicherung der Angestellten zu vereinbaren, daß im Haushaltsjahr 1972 von dem Bundeszuschuß an die Angestelltenversicherung bis zu 1 000 000 000 Deutsche Mark in der Weise entrichtet werden, daß der Bund hierfür Bundesschatzbriefe zu marktüblichen Bedingungen begibt. Bei der Ausstattung der Bundesschatzbriefe hat der Bund die gesetzlichen Liquiditätserfordernisse der gesetzlichen Rentenversicherungen (§ 1383 c Reichsversicherungsordnung und § 110 c Angestelltenversicherungsgesetz) zu berücksichtigen. Die Bundesschatzbriefe dürfen vom Ersterwerber an einen anderen Träger der Rentenversicherung unbeschränkt, im übrigen nur im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen veräußert werden.

§ 20

(1) Abweichend von § 17 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 in der Fassung vom 25. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1047) und von § 20 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617), zuletzt geändert durch Artikel III des Wohnungsbauänderungsgesetzes 1968 vom 17. Juli 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 821), können die nach diesen Vorschriften für Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues zu verwendenden Rückflüsse, Erträge, Rückzahlungen oder Erlöse auch für Maßnahmen zugunsten des Wohnungsbaues im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung verwendet werden.

(2) § 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbau-gesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617) findet keine Anwendung.

§ 21

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Haushaltsjahr 1972 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Artikel 15 des Finanzänderungsgesetzes 1967 vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1259) ist im Haushaltsjahr 1972 mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Zurechnung des Betrages von 300 000 000 Deutsche Mark entfällt.

§ 22

Die Ermächtigung des § 3 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1970 gilt abweichend von § 18 Abs. 3 Satz 1 der Bundeshaushaltsordnung bis zum Ende des Haushaltsjahres 1972 weiter.

§ 23

Die §§ 4, 6 bis 18 und 20 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter

§ 24

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 25

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft.

Begründung**Zu § 1**

Abs. 1: Die Vorschrift enthält die Zahlen des Gesamtabschlusses.

Abs. 2 Bei einer die Ziele des § 1 StWG gefährdenden Abschwächung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit sollen die in der Anlage bezeichneten zusätzlichen Maßnahmen getroffen werden. Ausgaben dürfen erst geleistet werden, wenn und soweit es die Bundesregierung auf Antrag des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen beschließt.

Zur Deckung der zusätzlichen Ausgaben dienen die in den Konjunkturausgleichsrücklagen des Bundes angesammelten Mittel. Die Auflösung der Konjunkturausgleichsrücklagen unterliegt den Vorschriften des StWG.

Zu § 2

Abs. 1: Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung von Ausgaben.

Abs. 2: Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 3

Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Aufrechterhaltung einer ordnungsmäßigen Kassenwirtschaft (Kassenverstärkungskredite).

Zu § 4

Bei der Vorschrift handelt es sich um die gesetzliche Fixierung des Rechts des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen, mit Gesellschaften des privaten Rechts Auftragsverhältnisse zur Finanzierung bestimmter Infrastrukturmaßnahmen zu begründen.

Zu § 5

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 6

Es hat sich herausgestellt, daß die Vorlage der Haushalts- oder Wirtschaftspläne an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages in den vielen Fällen von geringer finanzieller Bedeutung zu einem nicht zu vertretenden Verwaltungsaufwand führt.

Bei einer Begrenzung der qualifizierten Sperre auf Fälle mit einer jährlichen Zuwendung von mehr als 200 000 Deutsche Mark ist sichergestellt, daß der Haushaltsausschuß in den bedeutenden Fällen die für ihn wichtigen Unterlagen erhält.

Zu §§ 7 und 8

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 9

Allgemeines

In den §§ 9 bis 12 werden, wie im Vorjahr, die nach Umfang und Risiko besonders bedeutsamen Ermächtigungen für die Übernahme von Sicherheitsleistungen zusammengefaßt.

Zu § 9

Abs. 1: Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2: Die Belegung dieses Gewährleistungsrahmens und der geschätzte Neuzugang für Kredite im Zusammenhang mit der Gewährung bilateraler Kapitalhilfe, für die Verbürgung von ungebundenen Finanzkrediten und Kapitalanlagen sowie für neue Umschuldungsmaßnahmen macht eine Erhöhung um 0,5 auf 11,5 Milliarden DM erforderlich.

Zu § 10

Die Ermäßigung des Ansatzes um 1,3 auf 2 Milliarden DM wird infolge des Abbaus der hohen Bestände an Getreide, Butter und Magermilchpulver möglich.

Zu § 11

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 12

Die Erhöhung des Ermächtigungsbetrages um insgesamt 4 auf 28,3 Milliarden DM ist erforderlich, weil auf Grund der bisherigen und voraussehbaren Ausnutzung der Bürgschaftsrahmen nicht mehr ausreicht. Die Veränderung beruht auf Erhöhungen bei Nr. 1 (Gewerbliche Wirtschaft), Nr. 2 (Verkehrswesen), Nr. 5 (Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank), Nr. 6 und 7 (Landwirtschaft und Fischwirtschaft), Nr. 12 (Grundrentenabfindung bei der Kriegsoferversorgung), Nr. 13 (Anteilige Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern) und Nr. 16 (Notmaßnahmen) sowie Ermäßigungen bei Nr. 9 (Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds) und Nr. 10 (Abdeckung von Haftpflichtrisiken bei der Verwendung von Kernbrennstoffen) und auf die Aufnahme von zwei neuen Gewährleistungstatbeständen, und zwar Nr. 14 (Maßnahmen zur Schaffung einer leistungsfähigen Struktur des Mühlengewerbes) und Nr. 15 (Abdeckung des Kriegsrisikos für den grenzüberschreitenden Gütertransport im See- und Luftverkehr). Innerhalb des Ansatzes sind folgende Rahmen vorgesehen:

für die gewerbliche Wirtschaft	
(Nr. 1) bis zu	10 000 000 000 DM
für das Verkehrswesen	
(Nr. 2) bis zu	5 600 000 000 DM
für den Wohnungsbau und die Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	
(Nr. 3 und 4) bis zu	2 800 000 000 DM

für Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank

(Nr. 5) bis zu 4 300 000 000 DM

für die Landwirtschaft und die Fischwirtschaft

(Nr. 6 und 7) bis zu 40 000 000 DM

für die Freigabe beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens

(Nr. 8) bis zu 50 000 000 DM

für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds

(Nr. 9) bis zu 1 000 000 000 DM

für die Abdeckung von Haftpflichtrisiken beim Bezug oder der Verwendung von Kernbrennstoffen

(Nr. 10 und 11) bis zu 1 060 000 000 DM

für die Grundrentenabfindung bei der Kriegsoferversorgung

(Nr. 12) bis zu 562 000 000 DM

für die Aufnahme von Krediten zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern

(Nr. 13) bis zu 655 000 000 DM

für Maßnahmen zur Schaffung einer leistungsfähigen Struktur des Mühlengewerbes

(Nr. 14) bis zu 100 000 000 DM

für die Abdeckung von Risiken der Versicherungsgesellschaften aus der Versicherung des Kriegsrisikos für den grenzüberschreitenden Gütertransport im See- und Luftverkehr

(Nr. 15) bis zu 900 000 000 DM

für Notmaßnahmen

(Nr. 16) bis zu 1 233 000 000 DM

Bis zum Beginn des Haushaltsjahres 1972 wird voraussichtlich das Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze in Kraft getreten sein. Die Nr. 13 der Gewährleistungen war daher entsprechend zu ergänzen. Die Vorschrift ist sonst gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Durch die Aufnahme des neuen Gewährleistungstatbestandes Nr. 14 soll gemäß dem Mühlenstrukturgesetz die Vorfinanzierung von Abfindungen für die Stilllegung von Mühlen durch ein von der Mühlenstelle aufzunehmendes Darlehen sichergestellt werden. Die Tilgungs- und Zinslasten des Darlehens werden durch eine über 6 Jahre laufende, von der Mühlenwirtschaft zu zahlende Abgabe aufgebracht. Die Abgabehöhe ist so berechnet, daß diese Lasten gedeckt werden.

Das Bundeskabinett hat am 13. Mai 1971 den Entwurf eines Mühlenstrukturgesetzes verabschiedet,

das in § 11 die Übernahme der Bundesbürgschaft vorsieht. Es ist vorgesehen, daß das Gesetz am 1. Januar 1972 in Kraft treten soll.

Zu Nr. 15 wird folgendes bemerkt:

Gegenwärtig versichert die private Versicherungswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland — wie in den meisten westlichen Industriestaaten — bei Warentransporten sowohl die normalen Transportgefahren als auch das Kriegsrisiko. Die Versicherer können sich aus den Verträgen für das Kriegsrisiko zwar kurzfristig lösen, wenn die versicherte Ware noch nicht verladen ist. In Krisenzeiten werden die Versicherer aus Gründen vorsichtiger Geschäftsgebarung von der Kündigungsmöglichkeit auch früh Gebrauch machen und keine neuen Risiken mehr in Deckung nehmen. Die Folge wäre der Zusammenbruch des gerade in Krisenzeiten wichtigen Außenhandels.

Darüber hinaus können bei nicht mehr kündbaren Kriegsrisikoversicherungen im Schadensfalle Verpflichtungen der Versicherungswirtschaft in einem Umfange ausgelöst werden, den sie nicht tragen kann und der daher auf die gesamte Wirtschaft schwerwiegende Rückwirkungen haben würde.

Um dies zu vermeiden, erscheint es zweckmäßig, daß der Bund die Versicherungswirtschaft von Kriegsrisiken freistellt, wie es die meisten westlichen Staaten gegenüber ihren Versicherern getan haben.

Zu §§ 13 und 14

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 15

Abs. 1: Nach § 47 Abs. 2 BHO darf bei einer ohne nähere Angabe mit einem kw-Vermerk versehenen Planstelle die nächste freiwerdende Planstelle derselben Besoldungsgruppe für Beamte derselben Fachrichtung nicht wieder besetzt werden.

Diese Rechtsfolge würde bei den vom Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages während des Haushaltsjahres neu geschaffenen Planstellen einer geordneten Personalwirtschaft entgegenstehen. Es ist deshalb notwendig, § 47 Abs. 2 BHO in diesen Fällen nicht anzuwenden.

Abs. 2: Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu §§ 16 und 17

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 18

Gemäß Art. 6 des Beschlusses des Rates der EG vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der

Gemeinschaften (Gesetz vom 4. Dezember 1970 — Bundesgesetzbl. II S. 1261 —) werden die Gemeinschaftsmittel von den Mitgliedstaaten nach den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erhoben. Auch die aus den Gemeinschaftsmitteln zu bestreitenden Ausgaben zur Finanzierung der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte werden von Dienststellen der Mitgliedstaaten bewirtschaftet [Art. 4 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates der EG vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik — ABl EG Nr. L 94/13 vom 28. April 1970].

Die eigenen Einnahmen und Ausgaben der EG sind von denen des Bundes getrennt darzustellen, da sie nicht Haushaltsmittel des Bundes sind. Ab Haushaltsjahr 1972 werden daher die von Dienststellen des Bundes bewirtschafteten Einnahmen und Ausgaben der EG in besonderen Anlagen zu den Kapiteln 10 04 und 60 06 des Bundeshaushaltsplans ausgewiesen.

Satz 1 der Vorschrift soll sicherstellen, daß die Bewirtschaftung und Kontrolle dieser Einnahmen und Ausgaben, soweit nicht durch Vorschriften der Gemeinschaften etwas anderes bestimmt ist, nach den Vorschriften des Haushaltsrechts des Bundes erfolgen. Satz 2 trägt dem Umstand Rechnung, daß Entscheidungen der Beschlußgremien der EG zu Änderungen in den Ansätzen der Anlagen zum Haushaltsplan und zum Finanzplan führen können. Die Vorschrift ermöglicht die jederzeitige Anpassung an den neuesten Stand.

Zu § 19

Wegen der Leistung der Bundeszuschüsse besteht eine enge Verflechtung des Bundeshaushalts mit den Haushalten der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung. Die angespannte Haushaltslage des Bundes einerseits und die gegenüber den Annahmen der finanziellen Entwicklung der Arbeiterrenten- und der Angestelltenversicherung bei Erlaß des Dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes günstigere Finanzsituation vor allem des Trägers der Rentenversicherung der Angestellten (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) andererseits rechtfertigen es, auf der Grundlage gegenseitigen Übereinkommens für das Haushaltsjahr 1972 von dem Bundeszuschuß an die Angestelltenversicherung 1 000 000 000 DM zu stunden. Dafür begibt der Bund der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte Bundesschatzbriefe, deren Ausstattung im einzelnen den nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu treffenden Vereinbarungen vorbehalten bleibt. Dabei sind neben marktüblichen Bedingungen die Einzelheiten zu vereinbaren, die die gesetzlichen Liquiditätserfordernisse der Arbeiterrenten- und der Angestelltenversicherung gemäß § 1383c Reichsversicherungsordnung (RVO) und § 110c Angestelltenversicherungsgesetz (AVG) sicherstellen. Danach hat die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte unter bestimmten Voraussetzungen den Trägern der Arbeiterrentenversicherung „Liquiditätshilfe“ zu leisten, indem sie letzteren „liquide Mittel“ im Sinne von § 1383b Abs. 2 RVO und § 110b Abs. 2 AVG zur Verfügung zu stellen hat. Diese gesetzlichen Liquiditätserfordernisse machen die Verein-

barung notwendig, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Falle eigener Verpflichtung zur „Liquiditätshilfe“ nach den §§ 1383c RVO, 110c AVG vom Bund verlangen kann, daß dieser die Bundesschatzbriefe bis zur gesetzlichen Höhe des „Liquiditätsbetrages“ vorzeitig zurückkauft oder in „liquide Mittel“ nach den §§ 1383b Abs. 2 RVO, 110b Abs. 2 AVG — z. B. in unverzinsliche Schatzanweisungen — umtauscht. Allgemeine kreditpolitische Gesichtspunkte erfordern ein Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, wenn die Schatzbriefe außerhalb des Bereichs der gesetzlichen Rentenversicherungen an Dritte veräußert werden sollen.

Zu § 20 (im Vorjahr § 18)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 21 (im Vorjahr § 19)

Abs. 1: Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2: Der Regierungsentwurf eines Postverfassungsgesetzes (Bundestags-Drucksache VI/1385) sieht in § 49 Abs. 3 für die von der Deutschen Bundespost zu erbringende Ablieferung eine Übergangsregelung für die Jahre 1971 bis 1974 vor. Er übernimmt für 1971 in vollem Umfange die Regelung des Artikels 15 des Finanzänderungsgesetzes 1967. Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen ist hiernach ermächtigt, die nach § 21 des Postverwaltungsgesetzes geschuldete Ablieferung, soweit sie über eine Verzinsung des Eigenkapitals mit 7 vom Hundert jährlich zuzüglich eines Betrages von 300 Millionen DM hinausgeht, mit der Maßgabe zu erlassen, daß die Deutsche Bundespost den erlassenen Teilbetrag zur Verstärkung des Eigenkapitals verwendet.

Für die Jahre 1972 bis 1974 wird diese Regelung in dem Regierungsentwurf eines Postverfassungsgesetzes dahingehend geändert, daß die Zurechnung des Betrages von 300 Millionen DM entfällt. Die Bundesregierung hält an dieser Entscheidung fest. Da das Postverfassungsgesetz voraussichtlich nicht mehr bis zum 1. Januar 1972 in Kraft treten wird, wird hiermit für das Haushaltsjahr 1972 eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen.

Zu § 22

Da die in § 3 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1970 enthaltene Ermächtigung nur teilweise ausgenutzt worden ist und nach § 18 Abs. 3 Satz 1 der Bundeshaushaltsordnung mit der Verkündung des Haushaltsgesetzes 1972 ihre Geltung verlieren würde, ist es erforderlich, die Geltungsdauer bis zum Ende des Haushaltsjahres 1972 zu verlängern.

Zu §§ 23 bis 25 (im Vorjahr §§ 20 bis 22)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Anlage zu § 1 Abs. 2 Haushaltsgesetz 1972

Eventualhaushalt

(§ 1 Abs. 2 Haushaltsgesetz 1972)

Einnahmen

Epl.	Kap.	Titel	Fkt.	Zweckbestimmung	Betrag in Millionen DM
60	02	355 02	950	Entnahmen aus den Konjunkturausgleichsrücklagen für zusätzliche Beschaffungs- und Investitionsmaßnahmen. Vermerk: Einnahmen fließen Kap. 06 02, 08 02, 09 02, 10 02, 11 02, 12 02, 15 02, 25 02, jeweils Tit. 971 02, Kap. 14 02 Tit. 971 03, Kap. 60 02 Tit. 971 06, 883 01 zu.	2 500

Ausgaben

Die Ausgaben sind gesperrt.

Epl.	Kap.	Titel	Fkt.	Zweckbestimmung	Betrag in Millionen DM
06	02	971 02	960	Ausgaben für Investitionsmaßnahmen für Verwaltungsneubauten sowie für Beschaffungsvorhaben für die Bereitschaftspolizeien der Länder. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung bei Kap. 06 01 Tit. 712 01; Kap. 06 24 Tit. 811 04; 812 09; Kap. 06 33 Tit. 712 01	21
08	02	971 02	960	Ausgaben zur Gebäudeunterhaltung und zur Modernisierung von Bundeswohnungen. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung bei Kap. 08 04 Tit. 711 01; Kap. 08 07 Tit. 519 02; 711 02; 712 01	40
09	02	971 02	960	Ausgaben für Investitionshilfen im Steinkohlenbergbau, auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie sowie für Investitionsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Rohölbevorratung. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung bei Kap. 09 02 Tit. 892 06, 812 21, 892 41	170

Ausgaben

Die Ausgaben sind gesperrt.

Epl.	Kap.	Titel	Fkt.	Zweckbestimmung	Betrag in Millionen DM
10	02	971 02	960	Zusätzliche Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung der Ausgabeteil bei Kap. 10 03	200
11	02	971 02	960	Ausgaben zur zusätzlichen Förderung von Rehabilitationseinrichtungen. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung bei Kap. 11 02 Tit. 893 11	5
12	02	971 02	960	Ausgaben für zusätzliche Investitionsmaßnahmen bei der Deutschen Bundesbahn und auf den Gebieten des Straßenbaus, des Wasserbaus sowie der Luftfahrt. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung bei Kap. 12 02 Tit. 891 11; Kap. 12 03 Tit. 743 04; 861 01; Kap. 12 15 Tit. 813 01; Kap. 12 17 Tit. 831 01; 861 01; Kap. 12 10 Tit. 760 000; 770 00	354
14	02	971 03	960	Ausgaben für Beschaffungen, wehrtechnische Entwicklung und Erprobung, militärische Anlagen sowie Investitionen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Angehörigen der Bundeswehr. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung bei Kap. 14 08 Tit. 554 01; 554 02; Kap. 14 11 Tit. 554 01; Kap. 14 12 Tit. 555 01 bis 555 04; 555 06; 555 41 bis 555 46; 558 10; 559 50; 861 51; 862 51; Kap. 14 13 Tit. 554 01; Kap. 14 14 Tit. 554 01; 554 02; Kap. 14 15 Tit. 554 01; 554 02; 554 04; 554 05; Kap. 14 16 Tit. 554 01; Kap. 14 17 Tit. 554 01; Kap. 14 18 Tit. 554 01; 554 02; Kap. 14 19 Tit. 554 01; 554 03; Kap. 14 20 Tit. 551 11	1 000
15	02	971 02	960	Förderung von zusätzlichen gesellschaftspolitischen Maßnahmen für die ältere Generation. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung bei Kap. 15 02 Tit. 893 31	10

Ausgaben

Die Ausgaben sind gesperrt.

Epl.	Kap.	Titel	Fkt.	Zweckbestimmung	Betrag in Millionen DM
25	02	971 02	960	Ausgaben für Investitionsmaßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus und der Althausanierung. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung bei Kap. 25 02 Tit. 852 13; 852 15; 863 42; Kap. 25 03 Tit. 852 06; 852 36; 852 66; 852 76	215
31	02	971 02	960	Ausgaben für den Studentenwohnraumbau, für Investitionen bei wissenschaftlichen Einrichtungen sowie zur Förderung der technologischen Forschung und Entwicklung. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung bei Kap. 31 03 Tit. 882 05; Kap. 31 04 Tit. 882 01; Kap. 31 06 Tit. 893 55; Kap. 31 07 Tit. 893 01; Kap. 31 08 Tit. 683 21	60
60	02	971 06	960	Ausgaben für zusätzliche Investitionsmaßnahmen im Raum Bonn und des Landes Berlin. Vermerk: Die Ausgaben dienen zur Verstärkung bei Kap. 60 02 Tit. 713 01; 821 01; 883 51; Kap. 60 05	125
60	02	883 01	960	Konjunkturförderung durch Gewährung von Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Gemeinden.	300

Abschluß

Einnahmen	Betrag in Millionen DM	Ausgaben	Betrag in Millionen DM
Epl. 60	2 500	Epl. 06	21
		Epl. 08	40
		Epl. 09	170
		Epl. 10	200
		Epl. 11	5
		Epl. 12	354
		Epl. 14	1 000
		Epl. 15	10
		Epl. 25	215
		Epl. 31	60
		Epl. 60	425
	<u>2 500</u>		<u>2 500</u>

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1972

Teil I: Haushaltsübersicht
mit Anlage Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einnahmen

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Einnahmen					
		Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungseinnahmen	Übrige Einnahmen	Summe Einnahmen		
		1972 DM	1972 DM	1972 DM	1972 DM	1971 DM	gegenüber 1971 weniger (—) mehr (+) DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt ...	—	35 700	—	35 700	21 100	+ 14 600
02	Deutscher Bundestag ...	—	200 000	5 200 000	5 400 000	4 566 600	+ 833 400
03	Bundesrat	—	30 200	—	30 200	31 700	— 1 500
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—	454 700	5 000	459 700	336 500	+ 123 200
05	Auswärtiges Amt	—	12 277 500	80 000	12 357 500	9 149 100	+ 3 206 400
06	Bundesminister des Innern	—	7 099 200	7 467 400	14 566 600	13 408 900	+ 1 157 700
07	Bundesminister der Justiz	—	115 975 200	69 000	116 044 200	123 215 500	— 7 171 300
08	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Finanzen —	—	377 898 900	47 162 800	425 061 700	412 356 300	+ 12 705 400
09	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Wirtschaft —	—	12 078 800	66 071 400	78 150 200	82 692 400	— 4 542 200
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1) 17 000 000	24 082 100	107 129 000	148 211 100	140 087 300	+ 8 123 800
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—	3 272 300	97 297 200	100 569 500	100 032 700	+ 536 800
12	Bundesminister für Verkehr	—	198 352 500	79 151 700	277 504 200	255 965 600	+ 21 538 600
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	—	494 956 800	—	494 956 800	802 594 000	— 307 637 200
14	Bundesminister der Verteidigung	—	227 356 000	245 371 000	472 727 000	518 323 000	— 45 596 000
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	—	5 943 100	13 492 900	19 436 000	26 036 700	— 6 600 700
19	Bundesverfassungsgericht	—	50 000	—	50 000	28 500	+ 21 500
20	Bundesrechnungshof	—	293 000	6 000	299 000	19 500	+ 279 500
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	12 945 000	207 437 100	220 382 100	200 485 700	+ 19 896 400
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	—	5 036 600	363 022 300	368 058 900	365 599 700	+ 2 459 200
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	—	65 800	98 200	164 000	177 100	— 13 100
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	—	1 043 800	13 436 500	14 480 300	15 417 500	— 937 200
32	Bundesschuld	—	950 200	4 761 550 000	4 762 500 200	3 757 152 300	+ 1 005 347 900
33	Versorgung	—	491 000	41 072 000	41 563 000	31 740 000	+ 9 823 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—	27 110 000	20 982 200	48 092 200	54 033 200	— 5 941 000
36	Zivile Verteidigung	—	25 698 900	676 300	26 375 200	42 038 800	— 15 663 600
60	Allgemeine Finanzverwaltung ...	2) 97 932 000 000	214 733 800	775 790 900	98 922 524 700	93 189 120 000	+ 5 733 404 700
	Summe Haushalt 1972 ...	97 949 000 000	3) 1 768 431 100	6 852 568 900	106 570 000 000	100 144 629 700	+ 6 425 370 300
	Summe Haushalt 1971 ...	93 309 900 000	1 524 924 500	5 309 805 200			
	gegenüber 1971						
	mehr (+)	+ 4 639 100 000	+ 243 506 600	+ 1 542 763 700			
	weniger (—)						

1) Abschöpfungen auf Grund nationaler Vorschriften (10 Millionen DM) sowie Ausfuhrabgaben nach EG-Marktordnungsrecht (7 Millionen DM). — 2) Darin nach Abzug der Münzeinnahmen (330 Millionen DM) Steuereinnahmen in Höhe von 97 602 Millionen DM enthalten. — 3) Verwaltungseinnahmen im weiteren Sinn einschließlich Abschöpfungen [vgl. Fußnote 1)] und übrige Einnahmen — ohne Einnahmen aus Krediten = 4 716 Millionen DM — (Spalte 5) = 3 922 Millionen DM.

Gesamtplan

Ausgaben

Teil I Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Personal-	Sächliche	Militärische	Schulden-
		ausgaben	Verwaltungs-	Beschaffungen,	dienst
		1972 DM	1972 DM	1972 DM	1972 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	4 826 300	3 716 900	—	—
02	Deutscher Bundestag	107 400 000	25 100 000	—	—
03	Bundesrat	3 601 700	1 596 900	—	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	39 674 500	211 349 200	—	—
05	Auswärtiges Amt	353 877 100	76 789 700	—	—
06	Bundesminister des Innern	602 470 000	245 221 300	—	—
07	Bundesminister der Justiz	145 923 400	40 002 900	—	—
08	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Finanzen —	947 453 900	344 470 100	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Wirtschaft — ...	165 791 400	66 539 100	—	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	118 540 300	36 440 200	—	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	93 007 700	32 175 500	—	—
12	Bundesminister für Verkehr	524 699 500	638 436 300	—	—
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	10 008 922 100	2 755 691 000	8 376 939 000	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	55 224 300	33 020 700	—	—
19	Bundesverfassungsgericht	4 705 000	763 500	—	—
20	Bundesrechnungshof	16 941 100	2 519 000	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	22 016 300	18 124 900	—	—
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	11 562 600	9 248 800	—	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	18 418 800	7 665 300	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	33 050 300	12 106 600	—	—
32	Bundesschuld	10 017 500	52 209 600	—	3 100 765 100
33	Versorgung	4 696 383 000	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	209 616 600	161 751 000	—	—
36	Zivile Verteidigung	26 122 000	130 175 300	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	2 250 000	122 770 000	350 000 000	3 032 000
	Summe Haushalt 1972	18 222 495 400	5 027 883 800	8 726 939 000	3 103 797 100
	Summe Haushalt 1971	17 298 722 700	4 453 639 500	8 435 779 600	2 945 915 200
	gegenüber 1971 mehr (+) weniger (—)	+ 923 772 700	+ 574 244 300	+ 291 159 400	+ 157 881 900

Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Gesamtplan

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	Ausgaben für Investitionen	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben			Epl.
			1972	1971	gegenüber 1971 mehr (+) weniger (—) DM	
			DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13
750 000	324 500	—	9 617 700	6 243 200	+ 3 374 500	01
18 700 000	3 800 000	—	155 000 000	140 444 300	+ 14 555 700	02
—	255 000	—	5 453 600	4 508 300	+ 945 300	03
12 241 100	9 360 500	— 5 380 000	267 245 300	237 573 800	+ 29 671 500	04
513 649 200	89 633 100	—	1 033 949 100	931 956 800	+ 101 992 300	05
409 482 100	475 051 500	— 125 000	1 732 099 900	1 508 493 100	+ 223 606 800	06
2 313 700	7 908 700	—	196 148 700	168 217 300	+ 27 931 400	07
81 133 600	170 851 700	—	1 543 909 300	1 449 921 100	+ 93 988 200	08
550 000 000	839 061 200	—	1 621 391 700	1 551 373 600	+ 70 018 100	09
3 216 513 700	1 208 656 800	—	4 580 151 000	6 986 297 000	— 2 406 146 000	10
21 348 572 500	110 713 600	—	21 584 469 300	19 703 656 200	+ 1 880 813 100	11
5 941 060 800	7 413 263 800	— 3 339 400	14 514 121 000	11 677 936 200	+ 2 836 184 800	12
190 741 000	6 623 400	—	197 364 400	189 015 000	+ 8 349 400	13
1 098 097 500	752 656 000	1 226 694 400	24 219 000 000	21 816 070 000	+ 2 402 930 000	14
4 395 935 900	86 162 900	—	4 570 343 800	4 239 675 100	+ 330 668 700	15
—	—	—	5 468 500	5 077 500	+ 391 000	19
—	491 000	—	19 951 100	29 011 400	— 9 060 300	20
792 461 800	1 761 394 800	—	2 593 997 800	2 478 058 700	+ 115 939 100	23
1 067 087 100	2 351 448 700	—	3 439 347 200	2 662 895 100	+ 776 452 100	25
230 024 400	36 659 600	—	262 768 100	256 204 500	+ 6 563 600	27
2 416 683 500	2 772 545 100	—	5 234 385 500	4 070 871 400	+ 1 163 514 100	31
598 265 300	75 000 000	—	3 836 257 500	3 622 755 900	+ 213 501 600	32
844 370 000	—	— 1 037 850 000	4 502 903 000	4 087 000 000	+ 415 903 000	33
36 760 000	292 810 000	—	700 937 600	641 325 900	+ 59 611 700	35
20 375 000	196 719 000	—	373 391 300	381 907 500	— 8 516 200	36
9 375 625 600	405 750 000	— 889 100 000	9 370 327 600	11 298 140 800	— 1 927 813 200	60
53 130 843 800	19 067 140 900	— 709 100 000	106 570 000 000	100 144 629 700	+ 6 425 370 300	
50 409 173 400	16 561 824 100	39 575 200				
+ 2 721 670 400	+ 2 505 316 800	— 748 675 200				

Anlage zur Haushaltsübersicht

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushaltsplan
und deren Inanspruchnahme

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung 1972 DM	Von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden					
			1973 DM	1974 DM	1975 DM	1976 DM	Folgejahre DM	Für künftige Haushaltsjahre DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	64 780 000	36 780 000	28 000 000	—	—	—	—
05	Auswärtiges Amt	278 109 000	138 017 000	86 726 000	42 366 000	11 000 000	—	—
06	Bundesminister des Innern ..	337 388 400	201 804 400	94 440 000	34 644 000	—	—	6 500 000
07	Bundesminister der Justiz ..	4 490 400	1 984 700	1 178 700	1 261 200	65 800	—	—
08	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Finanzen — ..	214 365 000	127 695 000	41 670 000	45 000 000	—	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Wirtschaft — ..	2 661 519 000	471 968 000	363 530 000	406 021 000	60 000 000	—	1 360 000 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	870 348 000	276 064 000	92 243 000	83 676 000	52 326 000	366 039 000	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	111 165 000	32 904 000	16 704 000	9 934 000	8 734 000	25 764 000	17 125 000
12	Bundesminister für Verkehr	3 760 646 000	2 128 425 000	1 115 130 000	489 091 000	28 000 000	—	—
13	Geschäftsbereich Post- und Fernmeldewesen	5 500 000	3 200 000	2 300 000	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	11 005 034 000	4 251 222 000	2 659 217 000	2 541 515 000	1 291 490 000	260 890 000	700 000
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit ..	47 306 000	18 506 000	13 300 000	2 000 000	—	—	13 500 000
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen- arbeit	2 312 800 000	209 900 000	197 250 000	120 750 000	50 250 000	68 650 000	1 666 000 000
25	Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	2 849 866 100	644 468 000	350 958 100	151 017 900	64 431 800	1 638 990 300	—
27	Bundesminister für inner- deutsche Beziehungen	8 250 000	4 250 000	2 000 000	2 000 000	—	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	2 724 719 800	1 180 263 800	724 835 000	406 921 000	242 100 000	170 600 000	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	50 000 000	40 000 000	10 000 000	—	—	—	—
36	Zivile Verteidigung	185 298 500	121 313 500	33 040 000	18 945 000	5 000 000	—	7 000 000
60	Allgemeine Finanz- verwaltung	21 500 000	10 500 000	11 000 000	—	—	—	—
	Summe	27 513 085 200	9 899 265 400	5 843 521 800	4 355 142 100	1 813 397 600	2 530 933 300	3 070 825 000

Gesamtplan: Teil II

Finanzierungsübersicht

	Betrag für 1972	Betrag für 1971
	— DM —	
Ermittlung des Finanzierungssaldos		
1. Ausgaben	106 570 000 000	100 144 629 700
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags)		
2. Einnahmen	101 524 000 000	96 259 629 700
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)		
3. Finanzierungssaldo	— 5 046 000 000	— 3 885 000 000
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos		
4. Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt		
4.1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	(7 570 148 000)	(7 392 707 900)
4.101 zu allgemeinen Zwecken	7 570 148 000	7 392 707 900
4.102 zu besonderen Zwecken	—	—
4.2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	2 854 148 000	3 672 707 900
4.3. Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	—	—
4.4. Ausgaben für Marktpflege	—	—
Saldo	— 4 716 000 000	— 3 720 000 000
5. Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	—	—
6. Rücklagenbewegung		
6.1. Entnahmen aus Rücklagen	—	—
6.2. Zuführungen an Rücklagen	—	—
7. Münzeinnahmen	— 330 000 000	— 165 000 000
8. Finanzierungssaldo	— 5 046 000 000	— 3 885 000 000

Gesamtplan: Teil III

Kreditfinanzierungsplan

	Betrag für 1972	Betrag für 1971
	— DM —	
1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt		
davon voraussichtlich		
1.1. langfristig	(5 070 148 000)	(5 192 707 900)
1.101 zu allgemeinen Zwecken	5 070 148 000	5 192 707 900
1.102 zu besonderen Zwecken	—	—
1.2. kürzerfristig	2 500 000 000	2 200 000 000
Summe 1	7 570 148 000	7 392 707 900
2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt		
2.1. Tilgung langfristiger Schulden	(1 588 148 000)	(1 225 372 900)
2.101 Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung	225 819 000	216 200 000
2.102 Bundesanleihen (einschl. der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienschatzanwei- sungen)	624 538 000	392 100 000
2.103 Bundesschatzbriefe	—	—
2.104 Schuldbuchkredite	100 000 000	—
2.105 Schulscheindarlehen	277 134 000	100 800 000
2.106 Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen	51 332 000	49 600 000
2.107 Ausgleichsforderungen nach den Umstellungsergänzungs- gesetzen und dem Umstellungsschlußgesetz	6 375 000	6 500 000
2.108 Ablösungsschuld	29 000 000	55 300 000
2.109 Altsparerentschädigung und entsprechende Verpflichtun- gen nach dem Umstellungsschlußgesetz	12 000 000	13 100 000
2.110 Nachkriegswirtschaftshilfe der USA	—	345 272 900
2.112 Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)	230 051 000	27 800 000
2.113 Auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Ent- schädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds- Entschädigungsgesetz)	31 799 000	1 600 000
2.114 Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten	100 000	100 000
2.115 Auf Grund des Schweizer Abkommens vom 26. August 1952	—	17 000 000

	Betrag für 1972	Betrag für 1971
	— DM —	
2.2. Tilgung kürzerfristiger Schulden	(1 266 000 000)	(2 447 335 000)
2.201 Kassenobligationen	466 000 000	1 747 335 000
2.202 Unverzinsliche Schatzanweisungen	800 000 000	700 000 000
2.3. Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	—	—
2.4. Marktpflege	—	—
Summe 2	2 854 148 000	3 672 707 900
3. Saldo aus 1. und 2. (im Haushaltsplan veranschlagte Netto- neuverschuldung am Kreditmarkt)	4 716 000 000	3 720 000 000
4. Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften — einschl. ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan ver- anschlagt)	—	—
5. Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften — einschl. ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	1 000 000	1 000 000

Übersichten zum Bundeshaushaltsplan 1972

Teil I: Gruppierungsübersicht

Teil II: Funktionenübersicht

Teil III: Haushaltsquerschnitt

**Teil IV: Übersicht über die den Haushalt
durchlaufenden Posten**

Teil V: Personalübersicht

Anlagen gem. § 14 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1284) auf der Grundlage des gemeinsamen Gruppierungs- und Funktionenplans von Bund und Ländern nach dem Stand vom 28./29. April 1970.

Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	97 949,0	92 514,9
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	67 370,0	62 350,0
02'03'04	Bundessteuern	30 232,0	29 050,0
09	Steuerähnliche Abgaben	347,0	1 114,9
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen ..	3 189,1	3 669,6
11	Verwaltungseinnahmen	580,5	641,7
111	Gebühren, sonstige Entgelte	294,6	275,2
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. Gerichts- und Verwaltungskosten)	10,0	9,2
113	Verkaufserlöse, soweit nicht unter 13	146,7	234,5
119	Sonstige	129,2	122,8
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	1 066,8	1 369,6
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	290,8	273,7
122	Konzessionsabgaben	485,0	795,0
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto	—	—
124	Mieten und Pachten	270,3	280,6
125	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	20,6	20,2
129	Sonstige	0,1	0,1
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, soweit in der Vermögensrechnung erfaßt, Kapitalrückzahlungen	121,4	307,0
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	87,1	78,9
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5,4	7,3
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	15,8	208,1
134	Kapitalrückzahlungen	13,1	12,7
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	—	—
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	—	—
146	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland ..	—	—
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	200,3	206,5
151	vom Bund	—	—
152	von Ländern	192,3	197,3
153	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	7,5	8,7
154	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
155	vom ERP-Sondervermögen	—	—
156	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
157	von Zweckverbänden	0,4	0,5
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	526,4	474,5
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	20,6	19,2
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	93,6	94,0
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	412,1	361,4

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1970
		— Millionen DM —	
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	326,2	330,9
171	vom Bund	—	—
172	von Ländern	272,3	276,8
173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	32,3	32,4
174	vom Lastenausgleichsfonds	20,0	20,0
175	vom ERP-Sondervermögen	—	—
176	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
177	von Zweckverbänden	1,6	1,7
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	367,4	339,4
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen	26,9	23,0
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	316,6	303,2
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	23,9	13,3
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investi- tionen	714,3	219,6
21	Allgemeine Finanzaufweisungen aus dem öffentlichen Bereich	4,4	4,4
211	vom Bund	—	—
212	von Ländern	4,4	4,4
213	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—
214	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
215	vom ERP-Sondervermögen	—	—
216	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
217	von Zweckverbänden	—	—
22	Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
221	vom Bund	—	—
222	von Ländern	—	—
223	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—
224	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
225	vom ERP-Sondervermögen	—	—
226	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
227	von Zweckverbänden	—	—
23	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem öffentlichen Bereich	7,7	7,6
231	vom Bund	—	—
232	von Ländern	7,3	7,2
233	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,2	0,2
234	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
235	vom ERP-Sondervermögen	—	—
236	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0,2	0,2
237	von Zweckverbänden	—	—
24	Sonstige Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich	92,4	79,6
241	vom Bund	—	—
242	von Ländern	26,3	19,1
243	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	62,8	57,0
244	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
245	vom ERP-Sondervermögen	—	—
246	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	2,7	2,8
247	von Zweckverbänden	0,6	0,7

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
25	Sonstige Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	7,2	6,5
251	vom Bund	—	—
252	von Ländern	7,2	6,5
253	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—
254	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
255	vom ERP-Sondervermögen	—	—
256	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
257	von Zweckverbänden	—	—
26	Schuldendiensthilfen aus sonstigen Bereichen	—	—
261	aus dem Inland	—	—
266	aus dem Ausland	—	—
27	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	289,9	53,9
271	aus dem Inland	46,2	53,8
276	aus dem Ausland	243,8	0,1
28	Sonstige Erstattungen und Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	312,8	67,6
281	Erstattungen aus dem Inland	25,1	23,3
282	Zuschüsse aus dem Inland	15,4	15,1
286	Erstattungen aus dem Ausland	272,3	29,2
287	Zuschüsse aus dem Ausland	—	—
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	—	—
291	vom Bund	—	—
292	von Ländern	—	—
293	von Gemeinden	—	—
297	von Unternehmen	—	—
298	von Sonstigen aus dem Inland	—	—
299	aus dem Ausland	—	—
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	4 717,6	3 740,5
31	Schuldenaufnahmen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
311	vom Bund	—	—
312	von Ländern	—	—
313	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—
314	vom Lastenausgleichsfonds	—	—
315	vom ERP-Sondervermögen	—	—
316	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
317	von Zweckverbänden	—	—
32	Sonstige Schuldenaufnahmen	4 716,0	3 720,0
321	Schuldenaufnahmen von öffentlichen Unternehmen	—	—
325	Kreditmarktmittel	4 716,0	3 720,0
326	Schuldenaufnahmen aus dem Ausland	—	—
329	Sonstige	—	—
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	1,3	0,7
331	vom Bund	—	—
332	von Ländern	1,0	0,7
333	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,4	—
334	vom Lastenausgleichsfonds	—	—

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
335	vom ERP-Sondervermögen	—	—
336	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
337	von Zweckverbänden	—	—
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	0,3	0,4
341	Beiträge	—	—
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0,3	0,4
346	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Ausland	—	—
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	—	—
351	aus der Ausgleichsrücklage	—	—
352	aus der Betriebsmittelrücklage	—	—
353	aus der Schuldendienstrücklage	—	—
354	aus der Bürgschaftssicherungsrücklage	—	—
355	aus der Konjunkturausgleichsrücklage	—	—
356	aus Fonds und Stöcken	—	—
359	Sonstige	—	—
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	—	—
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	—	—
371	Globale Mehreinnahmen	—	—
372	Globale Mindereinnahmen	—	—
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	19,3
	Gesamteinnahmen	106 570,0	100 144,6
4	Personalausgaben	18 222,5	15 736,3
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	107,4	93,7
411	Aufwendungen für Abgeordnete	106,0	92,3
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	1,4	1,4
413	Aufwendungen nebenamtlich Tätige	—	—
42	Dienstbezüge und dergleichen	12 730,7	10 971,2
421	Bezüge des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	5,2	4,9
422	Bezüge der Beamten und Richter	2 634,5	2 290,8
423	Bezüge der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, Wehrsold der Wehrpflichtigen sowie Sold der Ersatzdienstleistenden	5 802,0	5 021,7
424	Bezüge der Angehörigen des Zivilschutzkorps	—	—
425	Vergütungen der Angestellten	2 000,2	1 711,6
426	Löhne der Arbeiter	2 062,9	1 738,0
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich usw. Tätige	16,7	13,0
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	209,3	191,2
43	Versorgungsbezüge und dergleichen	4 536,5	3 893,0
431	des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	2,5	3,5
432	der Beamten und Richter	648,3	562,1
433	der Soldaten	997,8	662,3
434	der Angehörigen des Zivilschutzkorps	—	—
435	der Angestellten	—	—
436	der Arbeiter	—	—

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
437	nach G 131	2 881,6	2 660,9
439	Sonstige	6,2	4,3
44	Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen	434,1	392,8
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger und dergleichen	148,8	135,1
442	Unterstützungen	7,2	7,8
443	Fürsorgeleistungen	153,6	148,7
446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dergleichen	124,5	101,2
45	Personalbezogene Sachausgaben	413,8	385,6
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	27,3	25,6
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	385,5	359,1
459	Sonstiges	1,1	0,9
46	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	—	—
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	—	—
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für Schuldendienst	16 855,8	15 793,5
51—54	Sächliche Verwaltungsausgaben	5 027,0	4 432,7
511	Geschäftsbedarf	70,4	63,3
512	Bücher, Zeitschriften	21,6	19,0
513	Post- und Fernmeldegebühren	294,6	232,5
514	Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	49,4	45,5
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegen- stände	87,3	74,3
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände (einschließlich Zuschüsse)	250,1	179,8
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	619,8	528,9
518	Mieten und Pachten	316,3	289,3
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	408,7	350,1
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	524,4	467,0
522	Verbrauchsmittel	751,5	776,1
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	1,0	1,0
524	Lehr- und Lernmittel	16,0	12,1
525	Aus- und Fortbildung, Umschulung	230,5	177,7
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	55,6	45,5
527	Dienstreisen	175,2	159,1
529	Verfügungsmittel	14,7	14,3
531—546	Sonstiges	1 114,1	975,3
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	25,1	22,0
548	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—
549	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	—
55	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 726,9	8 435,8
56	Zinsausgaben an öffentlichen Bereich	224,0	237,1
561	an Bund	—	—
562	an Länder	—	—
563	an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,1	0,1
564	an Lastenausgleichsfonds	—	—
565	an ERP-Sondervermögen	—	—
566	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	223,9	237,0
567	an Zweckverbände	—	—

Grupp- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
57	Zinsausgaben an sonstige Bereiche	2 876,8	2 687,0
571	an öffentliche Unternehmen	—	—
572	für Kreditmarktmittel	2 254,2	2 016,4
573	für Ausgleichsforderungen	336,1	338,0
574	Sonstige Zinsausgaben im Inland	238,0	280,4
576	Zinsausgaben an Ausland	48,6	52,1
58	Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	1,0	1,0
581	an Bund	—	—
582	an Länder	—	—
583	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1,0	1,0
584	an Lastenausgleichsfonds	—	—
585	an ERP-Sondervermögen	—	—
586	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
587	an Zweckverbände	—	—
59	Tilgungsausgaben an sonstige Bereiche	—	—
591	an öffentliche Unternehmen	—	—
592	für Kreditmarktmittel	—	—
593	für Ausgleichsforderungen	—	—
594	Sonstige Tilgungsausgaben im Inland	—	—
596	Tilgungsausgaben an Ausland	—	—
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	53 133,9	49 773,2
61	Allgemeine Finanzzuweisungen an öffentlichen Bereich	7 999,5	6 753,0
611	an Bund	—	—
612	an Länder	3 903,5	3 047,0
613	an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—
614	an Lastenausgleichsfonds	—	—
615	an ERP-Sondervermögen	—	—
616	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	4 096,0	3 706,0
617	an Zweckverbände	—	—
618	Gewerbesteuerausgleich	—	—
619	Grundsteuerbeteiligung	—	—
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	247,9	186,2
621	an Bund	—	—
622	an Länder	190,0	112,6
623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	20,5	37,2
624	an Lastenausgleichsfonds	—	—
625	an ERP-Sondervermögen	25,0	25,0
626	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	10,0	10,0
627	an Zweckverbände	1,5	1,5
63	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an öffentlichen Bereich	625,6	564,3
631	an Bund	—	—
632	an Länder	543,9	497,5
633	an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,4	0,0
634	an Lastenausgleichsfonds	—	—
635	an ERP-Sondervermögen	—	—
636	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	81,3	66,7
637	an Zweckverbände	—	—

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		— Millionen DM —	
64	Sonstige Erstattungen an öffentlichen Bereich	4 865,3	4 485,1
641	an Bund	—	—
642	an Länder	3 112,0	2 892,0
643	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1 036,4	906,7
644	an Lastenausgleichsfonds	—	—
645	an ERP-Sondervermögen	—	—
646	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	712,0	682,0
647	an Zweckverbände	4,8	4,4
65	Sonstige Zuweisungen an öffentlichen Bereich	10 945,1	10 380,6
651	an Bund	—	—
652	an Länder	772,5	1 293,0
653	an Gemeinden und Gemeindeverbände	23,9	24,2
654	an Lastenausgleichsfonds	246,0	253,5
655	an ERP-Sondervermögen	—	—
656	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	9 902,7	8 809,9
657	an Zweckverbände	—	—
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	1 488,8	1 493,2
661	an öffentliche Unternehmen	925,2	979,1
662	an private Unternehmen	507,4	483,9
663	an Sonstige im Inland	54,7	28,7
666	an Ausland	1,5	1,5
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	885,8	677,2
671	an Inland	793,1	604,5
676	an Ausland	92,6	72,7
68	Sonstige Zuschüsse an sonstige Bereiche	24 541,0	23 242,9
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen ...	11 223,2	10 536,4
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661 und 687)	4 211,9	3 396,4
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	1 761,3	2 941,4
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	340,2	276,7
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1 874,7	1 498,2
686	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	3 719,6	3 220,7
687	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch laufenden Betrieb bedingt	1 410,0	1 373,0
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	1 535,9	1 990,6
691	an Bund	—	—
692	an Länder	—	—
693	an Gemeinden	—	—
697	an Unternehmen	81,5	69,5
698	an Sonstige im Inland	1 454,4	1 921,1
699	an Ausland	—	—
7	Baumaßnahmen	5 039,5	4 212,6
8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	14 027,5	13 027,2
81	Erwerb von beweglichen Sachen	558,3	696,2
811	Erwerb von Fahrzeugen im Inland	86,9	84,0
812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	327,4	237,1
813	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Inland	119,4	121,0
816	Erwerb von Fahrzeugen im Ausland	0,1	0,1

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	Haushaltsplan	
		1972	1971
		-- Millionen DM --	
817	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Ausland ..	24,6	29,2
818	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Ausland	—	224,8
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	786,1	759,1
83	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen	444,5	767,5
831	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland	165,0	218,1
836	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland	279,5	549,4
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	1 033,2	695,7
851	an Bund	—	—
852	an Länder	1 020,8	681,5
853	an Gemeinden und Gemeindeverbände	12,4	14,2
854	an Lastenausgleichsfonds	—	—
855	an ERP-Sondervermögen	—	—
856	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
857	an Zweckverbände	—	—
86	Darlehen an sonstige Bereiche	2 269,0	2 514,0
861	an öffentliche Unternehmen	259,6	281,3
862	an private Unternehmen	277,1	273,1
863	Darlehen an Sonstige im Inland	414,6	341,6
866	Darlehen an Ausland	1 317,7	1 618,0
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	75,0	50,0
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	5 763,9	4 575,0
881	an Bund	—	—
882	an Länder	5 362,5	4 129,4
883	an Gemeinden und Gemeindeverbände	399,4	436,5
884	an Lastenausgleichsfonds	—	—
885	an ERP-Sondervermögen	—	—
886	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
887	an Zweckverbände	2,0	9,2
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	3 097,5	2 969,7
891	an öffentliche Unternehmen	821,1	884,2
892	an private Unternehmen	710,8	826,3
893	an Sonstige im Inland	1 243,0	992,5
896	an Ausland	322,6	266,7
9	Besondere Finanzierungsausgaben	— 709,1	1 601,8
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	—	—
911	an Ausgleichsrücklage	—	—
912	an Betriebsmittelrücklage	—	—
913	an Schuldendienstrücklage	—	—
914	an Bürgschaftssicherungsrücklage	—	—
915	an Konjunkturausgleichsrücklage	—	—
916	an Fonds und Stöcke	—	—
919	Sonstige	—	—
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	—
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	— 709,1	1 582,4
971	Globale Mehrausgaben	451,5	1 582,4
972	Globale Minderausgaben	— 1 660,6	—
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	19,3
	Gesamtausgaben	106 570,0	100 144,6

Teil I:

B. Gliederung der Ausgaben und Einnahmen

Ausgaben	Haushaltsplan		Zuwachs- rate 1972 zu 1971 in v. H.
	1972	1971 ¹⁾	
	— Millionen DM —		

I Laufende			
1 Personalausgaben	18 459,6	17 223,3	+ 7,2
11 Aktivitätsbezüge	13 732,2	12 840,2	+ 6,9
12 Versorgung	4 727,5	4 383,0	+ 7,9
2 Laufender Sachaufwand	16 717,5	15 204,5	+ 10,0
21 Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	933,0	821,2	+ 13,6
22 Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 726,9	8 435,8	+ 3,5
23 sonstiger laufender Sachaufwand	7 057,5	5 947,4	+ 18,7
3 Zinsausgaben	3 100,9	2 946,0	+ 5,3
31 an Verwaltungen	224,0	247,1	— 9,3
Gemeinden	0,1	0,1	—
Sozialversicherung	223,9	247,0	— 9,4
32 an andere Bereiche	2 876,9	2 698,9	+ 6,6
4 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	48 552,9	43 355,2	+ 12,0
41 an Verwaltungen	24 534,0	22 012,2	+ 11,5
Länder	8 377,0	7 752,3	+ 8,1
Gemeinden	1 082,3	967,5	+ 11,9
LAF	246,0	253,5	— 3,0
ERP	25,0	25,0	—
Sozialversicherung	14 803,6	13 014,0	+ 13,8
42 an andere Bereiche	24 019,0	21 343,1	+ 12,5
an Unternehmen	7 324,5	5 734,4	+ 27,7
an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	1 410,0	1 373,0	+ 2,7
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	11 223,2	10 536,4	+ 6,5
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	340,2	369,6	— 8,0
an Ausland	3 721,1	3 329,6	+ 11,8
Summe laufende Ausgaben	86 831,0	78 729,1	+ 10,3

1) Ab 1971 nach Ausgliederung der EG-Finanzierung.

¹⁾ Ab 1971 nach Ausgliederung der EG-Finanzierung.

Gruppierungsübersicht

nach ökonomischen Arten

Einnahmen	Haushaltsplan		Zuwachs- rate 1972 zu 1971 in v. H.
	1972	1971 ¹⁾	
	— Millionen DM —		

Rechnung				
1	Steuern	97 602,0	90 369,9	+ 8,0
2	Steuerähnliche Abgaben	17,0	10,0	+ 70,0
3	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 066,8	1 369,6	— 22,1
31	Mieten und Pachten	270,3	280,6	— 3,7
32	sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	796,5	1 089,0	— 26,9
4	Zinseinnahmen	726,7	681,0	+ 6,7
41	von Verwaltungen	199,9	206,0	— 3,0
	Länder	192,3	197,3	— 2,5
	Gemeinden	7,5	8,7	— 13,8
42	von anderen Bereichen	526,8	475,0	+ 10,9
5	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	434,4	170,8	.
51	von Verwaltungen	111,0	97,5	+ 13,8
	Länder	45,1	37,2	+ 21,2
	Gemeinden	63,0	57,3	+ 9,9
	Sozialversicherung	2,9	3,0	— 3,3
52	von anderen Bereichen	323,4	73,3	.
	Inland	51,1	44,1	+ 15,9
	Ausland	272,3	29,2	.
6	Sonstige laufende Einnahmen	860,5	887,5	— 3,0
Summe laufende Einnahmen		100 707,3	93 488,8	+ 7,7

¹⁾ Ab 1971 nach Ausgliederung der EG-Finanzierung

¹⁾ Ab 1971 nach Ausgliederung der EG-Finanzierung.

Ausgaben	Haushaltsplan		Zuwachs- rate 1972 zu 1971 in v. H.
	1972	1971 ¹⁾	
	— Millionen DM —		
II Kapital			
1 Sachinvestitionen	6 383,9	5 663,5	+ 12,7
11 Baumaßnahmen	5 039,5	4 210,7	+ 19,7
12 Erwerb von beweglichen Sachen	558,3	698,0	-- 20,0
13 Grunderwerb	786,1	754,7	+ 4,2
2 Vermögensübertragungen	10 693,1	9 931,5	+ 7,7
21 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	8 861,4	7 544,7	+ 17,5
211 an Verwaltungen	5 761,9	4 565,8	+ 26,2
Länder	5 362,5	3 489,3	+ 53,7
Gemeinden	399,4	1 076,6	-- 62,9
212 an andere Bereiche	3 099,5	2 978,9	+ 4,0
Inland	2 776,9	2 712,2	+ 2,4
Ausland	322,6	266,7	+ 21,0
22 sonstige Vermögensübertragungen	1 831,7	2 386,8	-- 23,3
221 an Verwaltungen	159,8	165,2	-- 3,3
Länder	159,8	156,7	-- 3,3
Gemeinden	—	8,5	--
222 an andere Bereiche	1 671,9	2 221,5	-- 24,7
Unternehmen (Inland)	217,5	315,9	-- 31,1
private Haushalte (Inland)	1 454,4	1 905,7	-- 23,7
3 Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	3 821,7	4 027,2	-- 5,1
31 Darlehensgewährung	3 377,2	3 249,7	+ 3,9
311 an Verwaltungen	1 033,2	695,7	+ 48,5
Länder	1 020,8	681,5	+ 49,8
Gemeinden	12,4	14,2	-- 12,7
312 an andere Bereiche	2 344,0	2 554,0	-- 8,2
Inland	1 026,4	936,0	+ 9,7
Ausland	1 317,7	1 618,0	-- 18,6
32 Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	444,5	777,5	-- 42,8
Inland	165,0	228,1	-- 27,7
Ausland	279,5	549,4	-- 49,1
4 Darlehensrückzahlungen an Gebietskörperschaften (einschließlich LAF, ERP)	1,0	1,0	--
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	20 899,6	19 623,2	+ 6,5
Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	-- 1 160,6	—	--
Ausgaben zusammen	106 570,0	98 352,3	+ 8,4

III Finan

Zuführung an Rücklagen	—	—	—
Summe	106 570,0	98 352,3	+ 8,4
(Saldo: Finanzierungsüberschuß)	(—)	(—)	—

IV Haushaltstechnische

Haushaltstechnische Verrechnungen	—	19,3	•
Ausgaben lt. Haushaltsplan	106 570,0	98 371,6	•

1) Ab 1971 nach Ausgliederung der EG-Finanzierung.

Einnahmen	Haushaltsplan		Zuwachs- rate 1972 zu 1971 in v. H.
	1972	1971 ¹⁾	
	— Millionen DM —		
rechnung			
1 Veräußerung von Sachvermögen	92,5	86,2	+ 7,3
2 Vermögensübertragungen	1,6	1,2	+ 33,3
21 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	1,6	1,2	+ 33,3
211 von Verwaltungen	1,3	0,7	+ 85,7
Länder	1,0	0,7	+ 42,9
Gemeinden	0,4	—	—
212 von anderen Bereichen	0,3	0,4	— 25,0
Inland	0,3	0,4	— 25,0
22 sonstige Vermögensübertragungen	—	—	—
3 Darlehensrückflüsse, Veräußerung von Beteiligungen	722,6	891,1	— 18,9
31 Darlehensrückflüsse	693,7	670,3	+ 3,5
311 von Verwaltungen	324,6	329,2	— 1,4
Länder	272,3	276,8	— 1,6
Gemeinden	32,3	32,4	— 0,3
LAF	20,0	20,0	—
312 von anderen Bereichen	369,1	341,2	+ 8,2
Inland	345,2	327,9	+ 5,3
Ausland	23,9	13,3	+ 79,7
32 Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse von Kapitaleinlagen	28,9	220,8	— 86,9
4 Darlehensaufnahme bei Gebietskörperschaften (einschließlich LAF, ERP)	—	—	—
Summe Einnahmen der Kapitalrechnung	816,7	978,5	— 16,5
Einnahmen zusammen	101 524,0	94 467,3	+ 7,5
zierung			
Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt	4 716,0	3 720,0	•
Entnahme aus Rücklagen	—	—	—
Münzeinnahmen	330,0	165,0	•
Summe	5 046,0	3 885,0	•
(Saldo Finanzierungsdefizit)	(5 046,0)	(3 885,0)	•
Verrechnungen			
Haushaltstechnische Verrechnungen	—	19,3	•
Einnahmen lt. Haushaltsplan	106 570,0	98 371,6	•

¹⁾ Ab 1971 nach Ausgliederung der EG-Finanzierung.

Erläuterungen zum Teil I B

(Gruppierungsübersicht, Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten)

Die vorstehende ökonomische Gliederung versucht die Einnahmen und Ausgaben des Bundes als Teil des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs darzustellen. Sie deckt sich nicht vollständig mit der des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das teilweise Gesichtspunkten Rechnung tragen muß, denen eine auf Haushaltszahlen basierende Einteilung naturgemäß nicht in allen Fällen folgen kann; die Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten ist jedoch soweit dem Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angeglichen, daß sie einer gesamtwirtschaftlichen Beurteilung der Bundesfinanzen zugrunde gelegt werden kann.

Die vorstehende ökonomische Gliederung (Teil I B) weicht vom Teil I A der Gruppierungsübersicht in folgenden Punkten ab:

- Bei der Abgrenzung des öffentlichen Bereichs gegenüber den sonstigen Bereichen sind die Zahlungen an/von Zweckverbänden nicht dem öffentlichen Bereich zugeordnet, da die Ausgaben und Einnahmen der Zweckverbände gegenwärtig noch nicht von der Finanzstatistik voll erfaßt werden und daher noch nicht in den öffentlichen Gesamthaushalt (Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung) einbezogen werden.
- Global veranschlagte Personalverstärkungsmittel sind denjenigen ökonomischen Ausgabearten zugeordnet, die sie voraussichtlich berühren.

Im einzelnen schließen die Ausgabe- und Einnahmepositionen der ökonomischen Gliederung folgende Gruppen ein:

Aktivitätsbezüge:

Obergruppen 41 und 42; Gruppen 441, 442, 443; Obergruppe 45.

Versorgung:

Obergruppe 43; Gruppe 446.

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens:

Gruppen 519 und 521.

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.:

Obergruppe 55.

Sonstiger laufender Sachaufwand:

Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 519, 521, 548 und 549) und 67; Gruppen 617, 627, 637, 647, 657 und 685.

Zinsausgaben an öffentlichen Bereich:

Obergruppe 56 (ohne Gruppe 567).

Zinsausgaben an andere Bereiche:

Obergruppe 57; Gruppe 567.

Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich:

Obergruppen 61 bis 65 (ohne Gruppen 617, 627, 637, 647 und 657), soweit nicht Tilgungszuweisungen.

Laufende Zuschüsse an Unternehmen:

Gruppen 661, 662 und 663, soweit nicht Tilgungszuschüsse; Gruppen 682 und 683.

Laufende Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt:

Gruppe 687.

Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen:

Gruppe 681.

Laufende Zuschüsse an private Institutionen ohne Erwerbscharakter:

Gruppe 684.

Laufende Zuschüsse an Ausland:

Gruppen 666 und 686.

Baumaßnahmen:

Hauptgruppe 7.

Erwerb von beweglichen Sachen:

Obergruppe 81.

Grunderwerb:

Obergruppe 82.

Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich:

Obergruppe 88 (ohne Gruppe 887).

Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche:

Gruppen 887, 891, 892 und 893.

Zuschüsse für Investitionen an Ausland:

Gruppe 896.

Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich, soweit nicht Investitionszuweisungen:

Gruppen 692 und 693.

Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse:

Gruppe 697.

Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse:

Gruppe 698.

Vermögensübertragungen an Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse:

Gruppe 699.

Darlehen an öffentlichen Bereich:

Obergruppe 85 ohne Gruppe 857.

Darlehen an sonstige Bereiche:

Gruppen 857, 861, 862 und 863; Obergruppe 87.

Darlehen an Ausland:

Gruppe 866.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland:

Gruppe 831.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland:

Gruppe 836.

Darlehensrückzahlung an Gebietskörperschaften:

Obergruppe 58 (ohne Gruppen 586 und 587).

Zuführung an Rücklagen:

Obergruppe 91.

Haushaltstechnische Verrechnungen:

Obergruppe 98.

Steuern:

Obergruppen 01 bis 08.

Steuerähnliche Abgaben:

Obergruppen 09 (ohne Gruppe 092).

Mieten und Pachten:

Gruppe 124.

Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit:

Obergruppe 12 (ohne Gruppe 124).

Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich:

Obergruppe 15 (ohne Gruppe 157).

Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen:

Obergruppe 16, Gruppe 157.

Laufende Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich:

Obergruppen 21 bis 25 (ohne Gruppen 217, 227, 237, 247 und **257**).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Inland):

Gruppen 217, 227, 237, 247, 257, 261, 281 und 282; Gruppe **112**.

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland):

Gruppen 266, 286 und 287.

Sonstige laufende Einnahmen:

Gruppen 111, 113 und 119; Obergruppe 27.

Veräußerung von Sachvermögen:

Gruppen 131 und 132.

Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich:

Obergruppe 33 (ohne Gruppe 337).

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Inland):

Gruppen 337, 341 und 342.

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Ausland):

Gruppe 346.

Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen:

Obergruppe 29 einschließlich Tilgungszuweisungen und -zuschüssen.

Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich:

Obergruppe 17 (ohne Gruppe 177).

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Inland):

Gruppen 141, 177, 181 und 182.

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland):

Gruppen 146 und **186**.

Veräußerung von Beteiligungen, Kapitalrückzahlungen:

Gruppen 133 und 134.

Darlehensaufnahme aus dem öffentlichen Bereich:

Gruppen 312 bis 315.

Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt¹⁾:

Obergruppen 32 und 36; Gruppen 316 und 317 abzüglich Obergruppen 59; Gruppen 586 und 587.

Entnahme aus Rücklagen:

Obergruppe 35.

Münzeinnahmen:

Gruppe 092.

Haushaltstechnische Verrechnungen:

Obergruppe 38.

¹⁾ Zu den Kreditmarkttransaktionen rechnen auch die Darlehensgewährungen der Sozialversicherung bzw. deren Tilgung.

Teil II: Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
0	Allgemeine Dienste	1 380,4	34 140,7	928,1	30 799,8
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	77,7	3 046,2	86,2	2 676,8
011	Politische Führung	9,7	1 080,2	8,4	936,6
012	Innere Verwaltung	1,3	42,3	1,3	39,9
013	Informationswesen	9,5	151,9	8,8	145,9
014	Statistischer Dienst	0,3	101,8	0,3	84,7
015	Ziviler Ersatzdienst	14,3	72,0	14,2	71,0
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	39,7	1 099,5	39,2	963,4
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	2,8	13,9	3,0	14,3
018	Hochbauverwaltung	0,1	98,0	10,9	87,3
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	0,1	386,6	0,2	333,7
02	Auswärtige Angelegenheiten	826,5	5 109,8	295,9	5 116,4
021	Auslandsvertretungen	10,6	346,6	8,5	311,6
022	Internationale Organisationen	491,2	1 420,2	4,4	1 098,0
023	Entwicklungshilfe	252,3	2 565,1	221,3	2 450,7
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	—	384,1	—	331,0
029	Sonstiges	72,3	393,7	61,7	925,0
03	Verteidigung	465,8	25 297,9	536,2	22 411,6
031	Verwaltung	—	3 899,6	—	3 324,5
032	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	382,5	18 348,4	431,9	16 156,6
033	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	48,1	741,3	54,0	676,3
034	Zivile Verteidigung	26,7	525,9	42,3	501,2
036	Wissenschaftliche Forschung	8,5	1 363,3	8,0	1 414,3
037	Unterhaltssicherung	—	419,3	—	338,8
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4,8	603,6	4,3	526,8
041	Bundesgrenzschutz	4,4	505,4	3,8	451,3
042	Polizei	0,3	88,9	0,3	67,3
043	Öffentliche Ordnung (nur Stadtstaaten)	—	—	—	—
044	Feuerschutz	—	0,0	0,0	0,0
045	Katastrophenschutz	—	—	—	—
049	Sonstiges	0,1	9,4	0,1	8,2
05	Rechtsschutz	5,6	83,3	5,5	68,2
051	Verfassungsgerichte	0,0	5,5	0,0	5,1
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	4,2	44,3	4,2	35,4
053	Verwaltungsgerichte	0,5	12,3	0,5	10,9
054	Arbeits- und Sozialgerichte	0,4	10,0	0,4	8,3
055	Finanzgerichte	0,4	8,2	0,4	6,4
056	Strafvollzugsanstalten	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	0,0	3,0	0,0	2,1

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	38,6	6 054,0	39,5	4 580,8
11	Verwaltung	—	4,2	—	3,3
12	Schulen	—	110,7	—	82,9
13	Wissenschaftliche Hochschulen	13,0	1 737,6	14,1	1 090,7
131	Universitäten	—	0,4	—	0,4
132	Hochschulkliniken	—	—	—	—
133	Technische Hochschulen bzw. Technische Universitäten ..	—	—	—	—
134	Pädagogische Hochschulen und verwandte Einrichtungen der Lehrerbildung	—	—	—	—
135	Philosophisch-theologische Hochschulen	—	—	—	—
139	Sonstige wissenschaftliche Hochschulen	13,0	1 737,2	14,1	1 090,4
14	Sonstige Hochschulen	—	1,4	—	1,3
15	Sonstiges Bildungswesen	2,5	862,9	2,5	744,1
151	Ausbildungsförderung für Schüler	—	695,3	—	423,0
152	Ausbildungsförderung für Studierende wissenschaftlicher Hochschulen	—	121,4	—	275,1
153	Ausbildungsförderung für Studierende sonstiger Hoch- schulen	—	—	—	—
154	Lehrerfortbildung	—	—	—	—
155	Betriebliche und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung einschließlich Ausbilderförderung	2,5	0,4	2,5	0,4
156	Förderung der staatsbürgerlichen Bildung	0,0	35,3	0,0	34,2
159	Sonstiges	—	10,5	—	11,5
16/17	Forschung außerhalb der Hochschulen (ohne Forschung der Verteidigung 036)	23,1	3 225,6	22,9	2 583,3
161	Kernforschung und kerntechnische Entwicklung	—	764,9	—	674,6
162	Weltraumforschung	—	666,1	—	506,9
163	Elektronische Datenverarbeitung	—	368,6	—	317,7
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	9,9	203,1	8,9	192,5
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1,5	17,0	1,4	14,8
173	Energie- und Wasserwirtschaft	—	—	—	—
174	Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	7,8	137,7	9,1	128,5
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	3,3	98,8	3,1	64,4
176	Bauwesen, Raum- und Städteplanung	0,0	5,1	0,0	4,4
177	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—
178	Wissenschaftliche Bibliotheken und Archive, Dokumen- tation	0,0	64,6	0,1	51,8
179	Sonstiges	0,5	899,7	0,4	627,7
18	Kunst- und Kulturpflege	—	84,0	—	52,5
181	Theater	—	1,0	—	0,6
182	Berufsorchester und -chöre, sonstige Musikpflege	—	6,9	—	6,1
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	1,2	—	0,9
184	Denkmalspflege	—	3,2	—	1,6
185	Naturschutz und Landschaftspflege	—	9,8	—	1,4
186	Öffentliches Büchereiwesen	—	—	—	—
187	Volkshochschulen	—	—	—	—
188	Sonstige Erwachsenenbildung	—	28,4	—	8,9
189	Sonstige Kunst- und Kulturpflege	—	33,5	—	33,1

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
19	Kirchliche Angelegenheiten	—	27,5	—	22,7
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	110,4	31 882,2	111,2	29 970,1
21	Verwaltung	0,2	318,4	0,2	291,0
211	Versicherungsbehörden	0,2	9,7	0,2	8,0
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	—	—	—	—
213	Jugendämter	—	—	—	—
214	Versorgungsämter (KOV)	—	0,3	—	0,3
215	Lastenausgleichsverwaltung	0,0	209,2	0,0	202,1
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	0,3	—	0,3
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung ..	0,0	98,9	0,0	80,3
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	3,2	14 042,2	3,1	12 622,9
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter	—	8 739,0	—	7 711,5
222	Knappschaftsversicherung	—	4 096,0	—	3 706,0
223	Unfallversicherung	3,2	94,1	3,1	350,8
224	Krankenversicherung	—	196,7	—	138,0
225	Arbeitslosenversicherung	—	—	—	—
226	Altershilfe für Landwirte	—	911,0	—	713,2
229	Sonstige Sozialversicherungen	0,0	5,4	0,0	3,4
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	83,1	5 006,6	84,7	4 821,5
231	Kindergeld	0,1	3 290,0	0,1	3 290,0
232	Mutterschutz	—	168,0	—	168,0
233	Wohngeld	—	775,0	—	668,0
234	Sozialhilfeleistungen	78,2	536,9	77,8	492,3
235	Einrichtungen der Sozialhilfe des öffentlichen Bereichs ..	—	—	—	—
236	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	0,0	100,6	2,8	88,4
237	Jugendhilfeleistungen	2,0	24,4	2,0	8,0
238	Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentlichen Bereichs ..	2,8	18,3	2,0	18,3
239	Förderung der freien Jugendhilfe	—	93,5	—	88,6
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	14,3	9 575,6	13,2	9 085,6
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	0,2	7 477,7	0,1	7 007,8
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	69,1	—	56,3
243	Lastenausgleich	—	246,0	—	253,5
244	Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen ..	—	1 223,0	—	1 200,0
245	Sonstige Wiedergutmachungsleistungen	—	210,7	—	225,0
246	Vertriebene und Flüchtlinge	3,6	81,1	2,5	76,9
249	Sonstiges	10,6	268,0	10,5	266,2
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	9,5	155,7	9,9	167,9
251	Arbeitslosenhilfe	0,2	34,7	0,1	32,8
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	1,7	45,1	1,7	57,3
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	7,6	54,3	8,1	62,1
254	Arbeitsschutz	0,1	21,6	0,1	15,6

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
26	Naturkatastrophen	—	—	—	1,0
27	Förderung der Vermögensbildung	—	2 539,7	—	2 685,0
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	0,0	244,0	0,0	295,2
3	Gesundheit, Sport und Erholung	7,2	364,3	6,2	257,4
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	7,1	100,7	6,2	75,5
311	Gesundheitsbehörden	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten	6,9	57,2	6,0	39,5
313	Anstalten für Nerven- und Geistesranke	—	—	—	—
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	0,3	39,6	0,3	32,2
319	Sonstiges	—	3,9	—	3,8
32	Sport und Erholung	0,0	193,5	—	166,7
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	164,0	—	138,0
324	Förderung des Sports	—	24,2	—	24,6
329	Sonstiges	0,0	5,3	—	4,1
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde	—	70,1	—	15,3
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	530,6	1 808,8	529,6	1 368,0
41	Wohnungswesen	515,6	1 554,0	516,4	1 149,1
411	Förderung des Wohnungsbaues	515,6	1 552,3	516,4	1 147,7
419	Sonstiges	—	1,7	—	1,4
42	Raumordnung, Landesplanung	—	83,8	—	68,9
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	15,0	171,0	13,3	150,0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	140,0	3 040,2	1 057,0	5 852,1
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	2,0	20,3	1,8	17,4
511	Ernährung und Landwirtschaft	2,0	20,3	1,8	17,4
512	Forsten	—	—	—	—
52	Produktivitäts- und absatzfördernde Maßnahmen	94,2	1 052,2	85,2	1 012,5
521	Flurbereinigung, Umliegungen	12,9	224,2	13,2	244,8
522	Ländliche Siedlung	3,4	66,0	3,5	59,5
523	Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe	65,5	96,6	56,3	249,3
524	Wirtschaftswege	—	29,0	—	30,0
525	Verbesserung der Verbundwirtschaft	—	219,9	—	195,0
526	Einsatz von Maschinen und technischen Anlagen	5,3	203,0	6,2	64,9
527	Absatzförderung	—	33,0	—	40,7
528	EWG-Ausrichtungsfonds	—	107,5	—	91,5
529	Sonstiges	7,0	73,1	6,0	36,8

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	20,0	1 907,9	951,9	4 771,1
531	EWG-Garantiefonds	—	—	—	214,1
532	Sonstige Marktordnungen	20,0	1 907,9	951,9	4 557,0
533	Sonstiges	—	—	—	—
54	Sonstige Förderungsmaßnahmen	23,8	59,9	18,1	51,1
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	196,4	2 462,9	210,4	2 332,4
61	Verwaltung	109,2	109,9	116,1	97,7
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	1,1	919,2	0,7	903,7
621	Kernenergie	—	540,6	—	609,3
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	0,8	258,7	0,5	174,4
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	0,3	—	0,3	—
625	Küstenschutz	—	120,0	—	120,0
629	Sonstiges	—	—	—	—
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0,0	840,8	0,0	786,9
631	Kohlenbergbau	—	373,5	—	305,7
632	Sonstiger Bergbau	—	126,4	—	125,7
633	Sonstige Grundstoffproduktion	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	319,0	—	335,0
635	Handwerk und Kleingewerbe	0,0	21,2	0,0	19,9
638	Baugewerbe	—	—	—	—
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	0,7	—	0,6
64	Handel	0,3	40,0	0,3	38,6
641	Handel	—	7,6	—	6,9
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	21,5	—	21,1
643	Märkte und Messen	0,3	0,2	0,3	1,2
649	Sonstiges	—	10,7	—	9,5
65	Förderung des Fremdenverkehrs	—	10,0	—	12,0
66	Geld- und Versicherungswesen	13,4	15,3	12,3	12,5
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	5,1	6,3	4,9	4,6
662	Versicherungen	8,3	8,9	7,4	7,9
669	Sonstiges	—	0,0	—	0,0
67	Sonstige Dienstleistungen	0,0	14,4	0,0	8,3
68	Sonstige Bereiche	8,7	103,5	13,7	78,0
69	Regionale Wirtschaftsförderung	63,6	410,0	67,1	394,7
691	Betriebliche Investitionen	32,9	169,8	35,5	175,8
692	Verbesserung der Infrastruktur	11,9	209,2	12,6	192,5
699	Sonstiges	18,8	31,0	19,0	26,4

Kenn- ziffer	Funktionen: Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	259,2	8 923,1	238,6	7 834,5
71	Verwaltung	159,7	209,3	149,8	179,3
711	Straßen- und Brückenbau	—	—	—	—
712	Wasserstraßen und Häfen	125,3	147,1	119,8	130,0
719	Sonstiges	34,4	62,2	30,1	49,3
72	Straßen	39,2	6 508,0	34,2	5 587,5
721	Bundesautobahnen	20,8	3 804,0	17,5	3 495,9
722	Bundesstraßen	13,4	1 893,8	13,1	1 354,9
723	Landstraßen	0,0	60,1	0,0	62,9
724	Kreisstraßen	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	0,1	735,2	0,2	659,1
729	Sonstiges	4,9	15,0	3,4	14,7
73	Wasserstraßen und Häfen	38,4	700,9	41,8	651,5
74	Schienenverkehr	5,7	574,0	6,3	534,5
75	Luftfahrt	12,0	394,3	2,8	326,5
751	Flugsicherung	11,4	296,6	2,4	249,9
759	Sonstiges	0,5	97,7	0,4	76,6
76	Wetterdienst	4,1	82,9	3,6	73,6
77	Nachrichtenwesen	—	125,1	—	123,3
771	Post- und Fernmeldewesen	—	0,1	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	125,0	—	123,3
78	Sonstige Bereiche	0,0	328,6	0,0	358,3
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1 151,5	6 627,2	1 622,1	4 968,9
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	17,0	20,4	16,5	17,0
811	Domänen	—	0,8	—	0,6
812	Forsten	17,0	19,6	16,5	16,4
82	Versorgungsunternehmen	1,2	0,5	0,3	0,2
83	Verkehrsunternehmen	547,3	6 351,8	852,1	4 618,8
831	Straßenverkehrsunternehmen	48,4	52,5	44,4	55,0
832	Eisenbahnen	0,0	5 967,1	0,0	4 249,2
833	Schifffahrt	0,2	4,2	0,3	0,9
834	Häfen und Umschlag	0,1	0,5	0,1	0,5
835	Flughäfen und Luftverkehr	13,6	136,7	12,3	130,7
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	485,0	190,7	795,0	182,5
84	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen ..	—	—	—	—
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen	296,7	45,8	276,0	119,7
851	Bergbau	13,6	18,4	9,7	30,0
852	Industrielle Unternehmen	72,2	17,8	54,4	80,2

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	Haushaltsplan			
		1972		1971	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
853	Banken und Kreditinstitute	200,4	—	200,4	—
854	Münzbetriebe	—	—	—	—
859	Sonstiges	10,5	9,6	11,5	9,5
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	0,0	5,0	0,9	10,0
861	Staatsbäder	—	—	—	—
862	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	—	—
869	Sonstiges	0,0	5,0	0,9	10,0
87	Allgemeines Grund-, Kapital- und Sondervermögen	289,3	203,7	476,3	203,2
871	Allgemeines Grundvermögen	256,3	203,7	262,4	203,2
872	Allgemeines Kapitalvermögen	33,0	—	213,9	—
873	Sondervermögen	—	—	—	—
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	102 755,8	11 266,6	95 402,1	12 180,5
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	97 606,9	3 903,6	91 405,0	3 047,2
92	Schulden	4 759,7	3 475,0	3 754,2	3 244,6
93	Versorgung	41,6	4 502,9	31,7	4 087,0
94	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	—	150,7	—	136,9
95	Rücklagen	—	—	—	—
96	Sonstiges	347,6	— 765,6	191,8	1 645,5
97	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	19,3	19,3
	Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben	106 570,0	106 570,0	100 144,6	100 144,6

Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

— Millionen DM —

Lfd. Nr.	Funktion / Aufgabenbereich	Gebühren	Übrige Verwal- tungs- ein- nahmen	Erlöse	Zinseinnahmen					Darlehensrückflüsse					Zuweisungen und Zu- schüsse mit Ausnahme für Investitionen		Schulden- auf- nahmen	Zuwei- sungen (Z), Zuschüsse für Investi- tionen	Sonstige Ein- nahmen	Einnahmen insgesamt	Lfd. Nr.
					aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	zu- sammen	aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	zu- sammen							
		LAF, ERP, Länder			Gemeinden	zu- sammen	LAF, ERP, Länder			Gemeinden	zu- sammen										
					Sonstigen (S)					Sonstigen (S)		Sonstigen (S)									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
1	Allgemeine Dienste	37,9	303,5	19,4	0,1	4,3	4,4	393,4	397,8	0,1	15,7	15,8	54,3	70,1	{ (S) 0,0 0,2	551,1	—	0,3	0,0	1 380,4	1
2	Politische Führung und zentrale Ver- waltung	18,9	27,0	0,4	0,1	—	0,1	0,3	0,5	0,1	0,0	0,1	2,1	2,2	{ (S) 0,0 0,2	28,5	—	—	0,0	77,7	2
3	Auswärtige Angelegenheiten	6,0	5,8	13,0	—	—	—	287,1	287,1	—	—	—	23,2	23,2	—	491,3	—	—	—	826,5	3
4	Verteidigung und Zivilschutz	6,9	267,7	5,6	0,0	4,2	4,2	105,8	110,0	0,1	15,4	15,5	28,6	44,1	—	31,3	—	0,3	—	465,8	4
5	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	0,6	3,0	0,4	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,0	0,3	0,3	0,4	0,6	—	0,0	—	—	—	4,8	5
6	Rechtsschutz	5,5	0,1	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	—	—	5,6	6
7	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11,6	6,1	0,0	—	—	—	0,9	0,9	—	—	—	13,7	13,7	0,8	4,1	—	(Z) 1,3	—	38,6	7
8	Schulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8
9	Wissenschaftliche Hochschulen	—	—	—	—	—	—	0,0	—	—	—	—	12,0	12,0	—	1,0	—	—	—	13,0	9
10	Hochschulkliniken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10
11	Sonstige Hochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11
12	Forschung außerhalb der Hochschulen ...	11,6	6,1	0,0	—	—	—	0,0	0,0	—	—	—	0,1	0,1	0,8	3,1	—	(Z) 1,3	—	23,1	12
13	Übrige Bereiche aus 1	—	0,0	—	—	—	—	0,9	0,9	—	—	—	1,6	1,6	—	—	—	—	—	2,5	13
14	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge- aufgaben, Wiedergutmachung	0,3	5,5	0,0	0,1	0,9	1,0	2,1	3,1	0,2	6,5	6,7	35,4	42,1	{ (S) 4,7 53,6	1,2	—	—	—	110,4	14
15	Sozialversicherung einschließlich Arbeits- losenversicherung	—	1,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(S) 1,8	—	—	—	—	3,2	15
16	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	0,1	3,5	—	0,1	—	0,1	0,6	0,7	0,2	—	0,2	25,0	25,2	{ (S) 2,0 51,6	—	—	—	—	83,1	16
17	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	—	0,4	—	—	—	—	1,2	1,2	—	—	—	9,9	9,9	2,7	0,2	—	—	—	14,3	17
18	Kriegsopferversorgung (Leistungen und Einrichtungen)	—	(0,0)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(0,1)	—	—	—	(0,2)	18
19	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19
20	Wiedergutmachung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20
21	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	—	(0,4)	—	—	—	—	(1,2)	(1,2)	—	—	—	(9,9)	(9,9)	(2,7)	(0,0)	—	—	—	(14,2)	21
22	Übrige Bereiche aus 2	0,2	0,1	0,0	—	0,9	0,9	0,3	1,2	—	6,5	6,5	0,5	7,0	(S) 0,2	1,0	—	—	—	9,8	22
23	Gesundheit, Sport und Erholung	0,0	0,2	0,0	0,3	—	0,3	—	0,3	0,3	—	0,3	6,4	6,7	—	—	—	—	—	7,2	23
24	Einrichtungen und Maßnahmen des Ge- sundheitswesens	0,0	0,2	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,3	24
25	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	0,3	—	0,3	—	0,3	0,3	—	0,3	6,4	6,7	—	—	—	—	—	6,9	25
26	Anstalten für Nerven- und Geistesranke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26
27	Sport und Erholung	—	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	27
28	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28
29	Wohnungswesen, Raumordnung und kom- munale Gemeinschaftsdienste	—	4,9	—	155,8	0,1	155,9	33,5	189,4	231,7	0,1	231,7	104,6	336,4	—	—	—	—	—	530,6	29
30	Wohnungswesen	—	4,9	—	146,5	0,0	146,5	33,5	180,0	226,1	0,0	226,1	104,6	330,7	—	—	—	—	—	515,6	30
31	Raumordnung, Landesplanung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31
32	Kommunale Gemeinschaftsdienste	—	—	—	9,3	0,0	9,4	—	9,4	5,6	0,1	5,7	—	5,7	—	—	—	—	—	15,0	32

noch: Teil III: Haushaltsquerschnitt

noch: A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

— Millionen DM —

Lfd. Nr.	Funktion Aufgabenbereich	Gebühren	Ubrige Verwal- tungs- ein- nahmen	Erlöse	Zinseinnahmen					Darlehensrückflüsse					Zuweisungen und Zu- schüsse mit Ausnahme für Investitionen		Schulden- auf- nahmen	Zuwei- sungen (Z), Zuschüsse für Investi- tionen	Sonstige Ein- nahmen	Einnahmen insgesamt	Lfd. Nr.
		Steuern (S)			aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	zu- sammen	aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	zu- sammen	von Ländern von Gemeinden u. Sonstigen (S)	aus sonstigen Bereichen					
					LAF, ERP, Länder	Gemeinden	zu- sammen			LAF, ERP, Länder	Gemeinden	zu- sammen									
						Sonstigen (S)					Sonstigen (S)										
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19		
33	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ..	18,8	16,3	0,0	1,9	—	1,9	23,3	25,3	11,0	—	11,0	67,6	78,6	—	1,0	—	—	—	140,0	33
34	Produktivitäts- und absatzfördernde Maß- nahmen	—	0,1	—	1,9	—	1,9	21,0	22,9	11,0	—	11,0	60,2	71,2	—	—	—	—	—	94,2	34
35	Flurbereinigung, Umlegungen	—	—	—	(1,9)	—	(1,9)	—	(1,9)	(11,0)	—	(11,0)	—	(11,0)	—	—	—	—	—	(12,9)	35
36	Ländliche Siedlung; Aufstockung und Aussiedlung; Wirtschaftswege	—	(0,1)	—	—	—	—	(19,3)	(19,3)	—	—	—	(49,6)	(49,6)	—	—	—	—	—	(68,9)	36
37	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37
38	Ubrige Bereiche aus 52	—	—	—	—	—	—	(1,7)	(1,7)	—	—	—	(10,6)	(10,6)	—	—	—	—	—	(12,3)	38
39	Einkommensstabilisierende Maßnahmen ..	17,0	2,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,0	—	—	—	20,0	39
40	EWG-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40
41	Ubrige Bereiche aus 5	1,8	14,2	0,0	—	—	—	2,3	2,3	—	—	—	7,4	7,4	—	—	—	—	—	25,8	41
42	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	109,0	1,1	0,0	3,6	{ (S) 1,8 0,4	5,8	8,1	14,0	15,4	{ (S) 8,3 1,6	25,4	33,8	59,1	—	13,2	—	—	—	196,4	42
43	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	—	—	—	0,0	—	0,2	0,2	—	(S) 0,2	0,2	0,6	0,9	—	—	—	—	—	1,1	43
44	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44
45	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45
46	Wasserwirtschaft und Kulturbau	—	—	—	—	—	—	(0,2)	(0,2)	—	—	—	(0,6)	(0,6)	—	—	—	—	—	(0,8)	46
47	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—	(0,0)	—	—	(0,0)	—	(S) (0,2)	(0,2)	—	(0,2)	—	—	—	—	—	(0,3)	47
48	Küstenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48
49	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49
50	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe ...	—	—	—	—	—	—	0,0	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	50
51	Handel	—	—	—	0,1	—	0,1	—	0,1	0,2	—	0,2	—	0,2	—	—	—	—	—	0,3	51
52	Regionale Wirtschaftsförderung	—	—	—	3,5	{ (S) 1,8 0,4	5,7	6,5	12,2	15,2	{ (S) 8,3 1,4	24,9	26,4	51,3	—	—	—	—	—	63,6	52
53	Ubrige Bereiche aus 6	109,0	1,1	0,0	—	—	—	1,4	1,4	—	—	—	6,7	6,7	—	13,2	—	—	—	131,4	53
54	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	144,0	40,7	1,3	3,2	0,5	3,7	5,6	9,3	7,9	1,8	9,7	22,4	32,1	6,4	25,4	—	—	—	259,2	54
55	Straßen	0,2	28,4	0,4	1,8	0,5	2,3	0,9	3,2	2,8	1,8	4,5	2,5	7,1	—	—	—	—	—	39,2	55
56	Wasserstraßen und Häfen	10,7	0,1	0,0	0,4	—	0,4	4,7	5,1	0,4	—	0,4	19,9	20,3	—	2,2	—	—	—	38,4	56
57	Schienenverkehr	—	—	—	1,0	—	1,0	—	1,0	4,7	—	4,7	—	4,7	—	—	—	—	—	5,7	57
58	Ubrige Bereiche aus 7	133,2	12,2	0,9	—	—	—	0,0	0,0	—	—	—	0,0	0,0	6,4	23,1	—	—	—	175,9	58
59	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund-, Kapital- und Sondervermögen ..	—	960,0	100,6	26,4	—	26,4	13,4	39,8	22,0	—	22,0	29,2	51,2	—	—	—	—	—	1 151,5	59
60	Wirtschaftsunternehmen	—	788,0	1,0	26,4	—	26,4	11,0	37,4	22,0	—	22,0	13,9	35,9	—	—	—	—	—	862,2	60
61	Allgemeines Grund-, Kapital- und Sonder- vermögen	—	172,0	99,6	—	—	—	2,4	2,4	—	—	—	15,3	15,3	—	—	—	—	—	289,3	61
62	Allgemeine Finanzwirtschaft	{ (S) 330,0 97 602,0	4,6	—	0,9	—	0,9	46,0	46,9	3,7	—	3,7	—	3,7	{ (S) 33,2 12,7	6,8	4 716,0	—	—	102 755,8	62
63	Steuern und allgemeine Finanzzuweisun- gen	(S) 97 602,0	—	—	0,5	—	0,5	—	0,5	3,7	—	3,7	—	3,7	4,4	—	—	—	—	97 606,9	63
64	Schulden	—	—	—	—	—	—	43,7	43,7	—	—	—	—	—	—	—	4 716,0	—	—	4 759,7	64
65	Versorgung	—	0,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	{ (S) 21,6 12,7	6,8	—	—	—	41,6	65
66	Rücklagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	66
67	Ubrige Bereiche aus 9	330,0	4,1	—	0,4	—	0,4	2,3	2,7	—	—	—	—	—	7,2	—	—	—	—	347,6	67
68	Gesamteinnahmen	{ (S) 651,6 97 602,0	1 342,8	121,4	192,3	{ (S) 7,5 0,4	200,3	526,4	726,7	292,3	{ (S) 32,3 1,6	326,2	367,4	693,7	{ (S) 45,1 66,5	602,7	4 716,0	{ (Z) 1,3 0,3	0,0	106 570,0	68

noch: Teil III: Haushaltsquerschnitt

noch: B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabengruppen

— Millionen DM —

Lfd. Nr.	Funktion /Aufgabenbereich	Per-sonal-aus-gaben	Sächliche Ver-waltungs-ausgaben	Zinsausgaben			Tilgungsausgaben			Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen			Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen				Schuldendiensthilfen			Baumaß-nahmen	Erwerb von			Darlehen an					Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Son-stige Aus-gaben	Aus-gaben ins-gesamt	Lfd. Nr.
				Rüstungskäufe usw. (R)	an öffent-lichen Bereich	an sonstige Bereiche	zu-sammen	an öffent-lichen Bereich	an sonstige Bereiche	zu-sammen	LAF (L), ERP (E), Länder	Gemeinden	zu-sammen	Renten, Unter-stützungen usw.	an Unter-nehmen	Sonstige	zu-sammen	an Länder (L)	an sonstige Bereiche		zu-sammen	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche	zu-sammen	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche	zu-sammen					
			LAF, ERP, Länder																			Gemeinden	zu-sammen	LAF, ERP, Länder			Gemeinden	zu-sammen								
												an Gemeinden						Vermögen											an Gemeinden			Sonstige (S)	Sonstige (S)			
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34		
33	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ..	18,2	7,3	—	—	—	—	—	535,9	—	535,9	—	1 070,1	162,7	1 232,8	—	433,1	433,1	0,4	2,8	0,1	—	140,0	—	140,0	24,2	164,2	620,5	—	620,0	25,0	645,5	—	3 040,2	33	
34	Produktivitäts- und absatzfördernde Maß-nahmen	—	—	—	—	—	—	—	39,9	—	39,9	—	54,5	129,1	183,6	—	23,1	23,1	—	—	—	—	140,0	—	140,0	24,2	164,2	616,5	—	616,5	25,0	641,5	—	1 052,2	34	
35	Flurbereinigung, Umliegungen	—	—	—	—	—	—	—	(4,0)	—	(4,0)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(220,2)	—	(220,2)	—	(220,2)	—	(224,2)	35	
36	Ländliche Siedlung; Aufstockung und Aussiedlung; Wirtschaftswege	—	—	—	—	—	—	—	(12,0)	—	(12,0)	—	—	(16,1)	(16,1)	—	(17,5)	(17,5)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(121,0)	—	(121,0)	(25,0)	(146,0)	—	(191,6)	36	
37	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(107,5)	(107,5)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(107,5)	37	
38	Übrige Bereiche aus 52	—	—	—	—	—	—	—	(23,9)	—	(23,9)	—	(54,5)	(5,5)	(60,0)	—	(5,6)	(5,6)	—	—	—	—	(140,0)	—	(140,0)	(24,2)	(164,2)	(275,3)	—	(275,3)	—	(275,3)	—	(529,0)	38	
39	Einkommensstabilisierende Maßnahmen ..	—	—	—	—	—	—	—	478,3	—	478,3	—	1 015,6	—	1 015,6	—	410,0	410,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,0	—	4,0	—	4,0	—	1 907,9	39	
40	EWG-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	
41	Übrige Bereiche aus 5	18,2	7,3	—	—	—	—	—	17,7	—	17,7	—	—	33,6	33,6	—	—	—	0,4	2,8	0,1	—	—	—	—	0,0	0,0	—	—	—	—	—	—	80,1	41	
42	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	107,7	38,8	—	—	—	—	—	32,1	—	32,1	1,0	389,7	204,6	595,3	{ (L) 26,0 20,5	119,5	166,0	32,6	27,8	10,0	—	—	—	—	190,0	190,0	546,0	{ (S) 36,0 2,0	584,0	678,5	1 262,6	—	2 462,9	42	
43	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	0,2	—	—	—	—	—	2,1	—	2,1	—	194,6	111,5	306,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	365,0	—	365,0	245,8	610,9	—	919,2	43	
44	Kernenergie	—	(0,2)	—	—	—	—	—	(2,1)	—	(2,1)	—	(181,1)	(111,4)	(292,5)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(245,8)	(245,8)	—	(540,6)	44	
45	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(245,0)	—	—	45	
46	Wasserwirtschaft und Kulturbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(13,5)	(0,1)	(13,6)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(245,0)	—	(245,0)	—	(245,0)	—	(258,7)	46	
47	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	
48	Küstenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(120,0)	—	(120,0)	—	(120,0)	—	(120,0)	48	
49	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49	
50	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe ...	—	4,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	194,2	53,9	248,1	—	75,0	75,0	25,0	25,0	10,0	—	—	—	115,0	115,0	—	—	—	338,7	338,7	—	840,8	50		
51	Handel	—	14,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,4	25,4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40,0	51		
52	Regionale Wirtschaftsförderung	—	—	—	—	—	—	—	30,0	—	30,0	—	1,0	—	1,0	{ (L) 26,0 20,5	19,5	66,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	181,0	{ (S) 36,0 2,0	219,0	94,0	313,0	—	410,0	52	
53	Übrige Bereiche aus 6	107,7	20,0	—	—	—	—	—	0,0	{ (S) 0,0 0,0	0,0	1,0	—	13,9	14,8	—	25,0	25,0	7,6	2,8	—	—	—	—	—	75,0	75,0	—	—	—	—	—	—	253,0	53	
54	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	484,1	614,3	0,1	—	0,1	1,0	—	147,0	(S) 0,1 2,5	149,5	0,4	238,5	156,7	395,6	—	386,3	386,3	4 448,2	169,5	583,3	—	—	—	—	215,8	215,8	849,6	102,9	952,5	522,9	1 475,4	0,1	8 923,1	54	
55	Straßen	—	398,1	—	—	—	—	—	144,0	—	144,0	—	—	—	—	—	292,0	292,0	4 241,7	31,5	578,3	—	—	—	67,0	67,0	652,6	102,9	755,5	—	755,5	—	6 508,1	55		
56	Wasserstraßen und Häfen	191,1	135,4	0,1	—	0,1	1,0	—	3,0	{ (S) 0,1 1,9	4,9	0,0	2,5	1,0	3,5	—	94,3	94,3	185,3	5,2	—	—	—	—	23,8	23,8	—	—	—	56,3	56,3	—	700,9	56		
57	Schienenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	128,0	1,0	129,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	197,0	—	197,0	248,0	445,0	—	574,0	57		
58	Übrige Bereiche aus 7	293,0	80,8	—	—	—	—	—	0,0	(S) 0,7	0,7	0,4	108,0	154,7	263,0	—	—	—	21,2	132,8	5,0	—	—	—	125,0	125,0	—	—	—	218,6	218,6	0,1	1 140,2	58		
59	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund-, Kapital- und Sondervermögen ..	11,3	119,2	—	—	—	—	—	—	1,4	1,4	—	5 268,3	0,7	5 269,0	—	396,1	396,1	62,6	—	26,4	137,2	52,5	—	52,5	28,9	81,4	—	1,2	1,2	521,6	522,8	—	6 627,2	59	
60	Wirtschaftsunternehmen	11,3	8,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 268,3	0,0	5 268,3	—	396,1	396,1	—	—	—	137,2	52,5	—	52,5	28,9	81,4	—	—	521,0	521,0	—				

Teil III: Haushaltsquerschnitt
B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabengruppen

— Millionen DM —

Lfd. Nr.	Funktion /Aufgabenbereich	Per- sonal- aus- gaben	Sächliche Ver- waltungs- ausgaben Rüstungskäufe usw. (R)	Zinsausgaben			Tilgungsausgaben			Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen			Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen				Schuldendiensthilfen				Baumaß- nahmen	Erwerb von			Darlehen an					Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Son- stige Aus- gaben	Aus- gaben ins- gesamt	Lfd. Nr.
				an öffent- lichen Bereich	an sonstige Bereiche	zu- sammen	an öffent- lichen Bereich	an sonstige Bereiche	zu- sammen	LAF (L) ERP (E) Länder	Gemeinden Sozial- versicherung (S)	zu- sammen	Renten, Unter- stützungen usw.	an Unter- nehmen	Sonstige	zu- sammen	an Länder (L) an Gemeinden	an sonstige Bereiche	zu- sammen	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche	zu- sammen	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche	zu- sammen								
																				LAF, ERP, Länder		Gemeinden			zu- sammen	LAF, ERP, Länder	Gemeinden			zu- sammen							
																						Sonstige (S)					zu- sammen					Sonstige (S)	zu- sammen				
1			2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34		
1	Allgemeine Dienste	13 549,0	{ 3 937,8 (R) 8 726,9	—	—	—	—	—	—	371,2	{ (S) 426,6 1,6	799,4	13,2	0,9	3 776,2	3 790,3	{ (L) 0,1 0,0	2,1	2,2	428,8	323,4	161,9	304,5	2,5	6,9	9,4	1 352,4	1 361,8	33,5	151,8	185,2	389,4	547,7	180,0	34 140,7	1	
2	Politische Führung und zentrale Ver- waltung	1 768,0	709,7	—	—	—	—	—	—	94,4	{ (S) 8,2 0,2	102,8	1,3	0,9	320,4	322,6	—	—	—	104,1	24,8	6,1	—	—	—	0,5	0,5	4,6	5,1	1,0	—	1,0	2,1	3,1	0,0	3 046,2	2
3	Auswärtige Angelegenheiten	276,5	61,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,2	—	2 826,5	2 829,7	—	1,5	1,5	23,1	4,3	4,7	304,5	—	—	—	1 315,3	1 315,3	—	—	—	288,3	288,3	—	5 109,8	3	
4	Verteidigung und Zivilschutz	11 048,2	{ 3 068,7 (R) 8 726,9	—	—	—	—	—	—	276,2	{ (S) 418,4 1,4	696,0	8,6	0,1	627,8	636,5	{ (L) 0,1 0,0	0,6	0,7	227,4	239,2	150,8	—	2,5	—	6,1	8,6	32,4	41,0	32,4	151,2	183,6	98,9	282,5	180,0	25 297,9	4
5	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	389,5	86,6	—	—	—	—	—	—	0,7	—	0,7	0,0	—	0,5	0,5	—	—	—	70,3	54,5	0,3	—	—	—	0,4	0,4	0,2	0,6	0,1	0,6	0,7	0,1	0,8	—	603,6	5
6	Rechtsschutz	66,9	10,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	0,9	1,0	—	—	—	3,9	0,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	83,3	6	
7	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	212,3	119,1	—	—	—	—	—	—	168,5	(S) 0,0	168,5	802,1	460,2	1 689,7	2 952,0	—	—	—	44,8	34,7	1,1	0,6	—	—	—	—	—	1 725,0	—	1 725,0	795,7	2 520,7	—	6 053,9	7	
8	Schulen	—	—	—	—	—	—	—	—	33,7	—	33,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77,0	—	77,0	—	77,0	—	110,7	8	
9	Wissenschaftliche Hochschulen	—	0,1	—	—	—	—	—	—	120,9	—	120,9	—	—	9,9	9,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 600,0	—	1 600,0	6,8	1 606,8	—	1 737,6	9	
10	Hochschulkliniken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	
11	Sonstige Hochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	0,2	—	0,2	—	—	1,2	1,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,4	11	
12	Forschung außerhalb der Hochschulen ...	208,9	103,0	—	—	—	—	—	—	3,9	(S) 0,0	3,9	10,2	460,2	1 523,6	1 994,0	—	—	—	44,8	34,5	1,1	0,6	—	—	—	—	—	48,0	—	48,0	786,7	834,7	—	3 225,6	12	
13	Übrige Bereiche aus 1	3,4	16,0	—	—	—	—	—	—	9,8	—	9,8	791,9	—	155,0	946,9	—	—	—	0,0	0,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,2	2,2	—	978,6	13	
14	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge- aufgaben, Wiedergutmachung	26,4	4,8	—	—	—	—	—	—	{ (L) 246,0 2 256,3	{ (S) 535,9 14 682,8	17 721,0	10 405,7	37,0	2 097,2	12 539,9	—	4,4	4,4	18,2	0,0	—	—	—	—	—	70,8	70,8	1 452,7	—	1 452,7	44,0	1 496,7	—	31 882,2	14	
15	Sozialversicherung einschließlich Arbeits- losenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(S) 13 946,1	13 946,1	94,1	—	2,0	96,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 042,2	15	
16	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	0,2	0,1	—	—	—	—	—	—	780,6	{ (S) 463,4 168,0	1 412,0	3 314,4	37,0	176,8	3 528,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41,7	41,7	18,0	—	18,0	6,4	24,4	—	5 006,6	16
17	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	—	0,2	—	—	—	—	—	—	{ (L) 246,0 1 274,6	{ (S) 4,0 385,9	1 910,5	6 916,4	—	730,6	7 647,0	—	—	—	12,0	—	—	—	—	—	—	—	5,8	5,8	—	—	—	0,1	0,1	—	9 575,6	17
18	Kriegsopferversorgung (Leistungen und Einrichtungen)	—	—	—	—	—	—	—	—	(63,5)	(S) (377,4)	(440,9)	(6 849,7)	—	(256,2)	(7 105,9)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(7 546,8)	18	
19	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	(L) (246,0)	—	(246,0)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(246,0)	19
20	Wiedergutmachung	—	—	—	—	—	—	—	—	(1 174,2)	(S) (2,5)	(1 176,7)	—	—	(257,0)	(257,0)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	(1 433,7)	20
21	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	—	(0,2)	—	—	—	—	—	—	(37,0)	{ (S) (4,0) (6,0)	(47,0)	(66,7)	—	(217,3)	(284,1)	—	—	—	(12,0)	—	—	—	—	—	—	—	(5,8)	(5,8)	—	—	—	(0,1)	(0,1)	—	(349,1)	21
22	Übrige Bereiche aus 2	26,2	4,5	—	—	—	—	—	—	201,1	{ (S) 68,5 182,8	452,3	80,8	—	1 187,8	1 268,7	—	4,4	4,4	6,2	0,0	—	—	—	—	—	—	23,3	23,3	1 434,7	—	1 434,7	37,5	1 472,2	—	3 257,8	22
23	Gesundheit, Sport und Erholung	4,3	14,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,3	—	116,7	117,0	—	35,0	35,0	1,2	0,1	1,0	—	—	—	—	11,4	11,4	59,4	—	59,4	120,3	179,7	—	364,3	23	
24	Einrichtungen und Maßnahmen des Ge- sundheitswesens	2,8	10,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	—	24,6	24,7	—	—	—	0,7	0,1	1,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,5	3,5	—	43,5	24	
25	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35,0	35,0	—	—	—	—	—	—	—	10,4	10,4	—	—	—	11,8	11,8	—	57,2	25	
26	Anstalten für Nerven- und Geistesranke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	
27	Sport und Erholung	1,6	0,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,5	25,5	—	—	—	0,5	0,0	—	—	—	—	—	—	1,0	1,0	59,0	—	59,0	105,0	164,0	—	193,5	27
28	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde	—	2,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,2	—	66,6	66,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—												

Teil IV

Übersicht

über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

Einnahmen			Ausgaben		
Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970	Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970

Epl. 06 Bundesminister des Innern

06 02/380 02 Zuschlagerlös aus dem Vertrieb der Olympiamarke	—	3 969	06 02 980 02 Zuwendungen aus den Zuschlagerlösungen aus dem Vertrieb der Olympiamarke an den Verein „Stiftung zur Förderung der Olympischen Spiele“ ..	—	3 969
06 26 380 02 Einnahmen für zentrale Beschaffungen von Bekleidung	—	4 994	06 26 980 02 Ausgaben für zentrale Beschaffungen von Bekleidung	—	5 011
06 26 380 03 Einnahmen für zentrale Beschaffungen von Unterkunftgerät	—	196	06 26 980 03 Ausgaben für zentrale Beschaffungen von Unterkunftgerät	—	160
Summe	—	9 159	Summe	—	9 140

Epl. 10 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

10 02 380 03 Einnahmen aus der Abgabe der Mühlen gemäß § 7 des Mühlengesetzes ...	—	10 790	10 02 980 03 Kosten der Stilllegung von Mühlen gemäß § 7 des Mühlengesetzes	—	10 790
10 02 380 75 Beiträge zur Förderung des Fischabsatzes gemäß § 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz) vom 31. August 1955 ...	—	3 739	10 02 980 75 Förderung des Fischabsatzes gemäß § 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz) vom 31. August 1955	—	3 294
10 04 380 82 Beiträge zur Marktstützung gemäß § 4 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz) vom 31. August 1955	—	3	10 04 980 82 Marktstützung gemäß § 3 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz) vom 31. August 1955	—	—
10 04 380 85 Einnahmen aus den Abgaben gemäß § 12 des Milch- und Fettgesetzes	—	48	10 04 980 85 Zuweisungen für Stützungsbeträge gemäß § 12 Abs. 5 des Milch- und Fettgesetzes	—	—
10 04 380 86 Einnahmen aus den Abgaben gemäß der VO M Nr. 2/57 über Milchauszahlungspreise vom 24. Juli 1957	—	—	10 04 980 86 Zuweisungen für die Aufrechterhaltung eines angemessenen Preisstandes für angelieferte Milch gemäß § 3 der VO M Nr. 2/57 über Milchauszahlungspreise vom 24. Juli 1957	—	160
10 07 380 02 Beiträge gemäß § 10 des Gesetzes über die Errichtung eines zentralen Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (Absatzfondsgesetz) vom 26. Juni 1969	—	18 624	10 07 980 02 Abführung der Beiträge an den zentralen Fonds zur Absatzförderung (Absatzfonds), die das Bundesamt gemäß § 10 des Gesetzes über die Errichtung eines zentralen Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (Absatzfondsgesetz) vom 26. Juni 1969 zu erheben hat	—	18 624
Summe	—	33 014	Summe	—	32 868

Einnahmen			Ausgaben		
Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970	Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970

Epl. 12 Bundesminister für Verkehr

12 03 380 02					
Lotsgeld	—	47 651			
12 03/380 03			12 03/980 01		
Befahrungsabgaben, die für Dritte erhoben werden	—	6 211	Durchleitung von Fremdgeldern	—	53 862
			12 10/980 01		
			Zuschuß an Kap. 12 11 — Bundesanstalt für Straßenwesen —	27 035 700	9 965
			12 11/980 01		
			Minderausgaben infolge Erstattungen aus dem Straßenbauplan	—27 035 700	—9 965
Summe	—	53 862	Summe	—	53 862

Epl. 14 Bundesminister der Verteidigung

14 12 380 01			14 12/980 01		
Erstattung der für den Betrieb und die Bewirtschaftung des NATO-Übungsplatzes in der Bundesrepublik entstandenen Kosten	—	15 861	Betrieb und Bewirtschaftung des NATO-Übungsplatzes in der Bundesrepublik	—	15 273
14 12 380 02			14 12/980 02		
Gemeinsame NATO-Infrastruktur auf dem Gebiet der Bundesrepublik ab Tranche VII b	—	206 321	Gemeinsame NATO-Infrastruktur auf dem Gebiet der Bundesrepublik ab Tranche VII b	—	273 294
14 12 380 03			14 12/980 03		
NATO-Ausgaben für die Abgeltung von Leistungen der Landesbauverwaltungen für NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	7 310	Abgeltung von Leistungen der Landesbauverwaltungen für NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	5 002
14 12 380 04			14 12/980 04		
NATO-Ausgaben zu den Aufschließungskosten für straßenbauliche Erschließung bei den NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	1 365	Aufschließungskosten für straßenbauliche Erschließung bei NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	—
14 12 380 05			14 12/980 05		
NATO-Ausgaben für sonstige Aufschließungskosten bei NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	406	Sonstige Aufschließungskosten bei NATO-Infrastrukturmaßnahmen	—	—
14 12/380 06			14 12/980 06		
Anteil der Truppe an den Erlösen aus der Verpachtung von Truppenkantinen und Automaten bei Einheiten und militärischen Dienststellen der Bundeswehr	—	5 568	Anteil der Truppe an den Erlösen aus der Verpachtung von Truppenkantinen und Automaten bei Einheiten und militärischen Dienststellen der Bundeswehr	—	5 552
14 22/380 01			14 22/980 01		
Erstattung von Kosten für Vorhaben der gemeinschaftlichen Forschung, Entwicklung, Erprobung und Herstellung, die von der Bundesrepublik Deutschland vorzufinanzieren sind	—	534 744	Kosten für Vorhaben der gemeinschaftlichen Forschung, Entwicklung, Erprobung und Herstellung, die von der Bundesrepublik Deutschland vorzufinanzieren sind	—	532 196
Summe	—	771 575	Summe	—	831 317

Einnahmen			Ausgaben		
Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970	Kap. / Tit. Zweckbestimmung	Soll 1972 — 1 000 DM —	Ist 1970

Epl. 15 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

15 02/380 01 Zuschlagerlös aus dem Vertrieb der Jugendmarken	—	5 804	15 02/980 41 Zuweisungen aus den Zuschlagerlösen der Jugendmarken an den Verein „Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V.“	—	5 687
			15 02/980 42 Erstattung von Vertriebsvergütungen aus den Zuschlagerlösen der Jugend- marken an die Deutsche Bundespost ..	—	116
Summe	—	5 804	Summe	—	5 803

Epl. 35 Verteidigungslasten

35 11/380 01 Tilgung und Zinsen von Darlehen aus niederländischen Haushaltsmitteln für den Bau von Wohnungen für nieder- ländische Streitkräfte in der Bundes- republik Deutschland	—	—	—	—	—
Der dem Bund aus dem Zinsauf- kommen zustehende Verwaltungs- kostenbeitrag, der bei Kap. 08 04 Tit. 271 01 zu vereinnahmen ist, so- wie die an die Niederlande abzufüh- renden Zinsen und Tilgungsbeträge sind von der Einnahme abzusetzen. Das gleiche gilt für etwaige Erstat- tungen überzahlter Tilgungen und Zinsen.					
Summe	—	—	Summe	—	—

Epl. 60 Allgemeine Finanzverwaltung

60 01/380 01/03 Lastenausgleichsabgaben	—	1 581 567	60 04/980 01 Abführung der Ausgleichsabgaben an den Lastenausgleichsfonds	—	1 581 567
60 04/380 02 Einnahmen aus der anderweitigen Verwendung der Mittel des eingefro- renen Rüstungskontos bei der Regie- rung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland	—	7 476	60 04/980 03 Darlehen zur Finanzierung von Vor- haben, die der Erfüllung des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten König- reichs von Großbritannien und Nord- irland abgeschlossenen Devisenaus- gleichsabkommen dienen	—	7 476
Summe	—	1 589 043	Summe	—	1 589 043
Gesamtsumme	—	2 462 457	Gesamtsumme	—	2 522 033

Teil V

A. Übersicht über die Planstellen
— ohne
im Regierungsentwurf desa) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich		in den															
		Besoldungsordnung B															
		B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1	Zus.	Höherer Dienst			
													A 16	A 15	A 13 14	Zus.	
Bundespräsidialamt	a)	1	—	1	—	—	2	—	—	3	—	—	7	1	4	3	8
Deutscher Bundestag	a)	—	1	2	—	—	8	—	—	30	—	—	41	13	77	53	143
Bundesrat	a)	—	1	—	—	—	2	—	—	5	—	—	8	2	6	5	13
Bundeskanzleramt	a)	1	—	4	—	—	12	—	—	24	—	—	41	8	32	22	62
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	1	1	3	—	—	6	—	—	13	—	—	24	6	34	25	65
Auswärtiges Amt	a)	2	—	9	—	—	13	—	—	56	—	—	80	21	118	84	223
	b)	—	—	16	—	—	48	—	—	73	—	—	137	98	278	275	651
Bundesminister des Innern *)	a)	2	—	11	—	1	16	1	—	79	—	—	110	30	123	103	256
	b)	—	—	2	2	2	10	1	3	17	18	—	55	80	217	625	922
Bundesminister der Justiz	a)	1	—	6	—	—	11	—	—	44	—	—	62	15	58	36	109
	b)	—	3	1	35	—	198	—	2	32	15	—	286	36	349	561	946
Bundesminister für Wirtschaft u. Finanzen	a)	2	—	9	—	—	22	—	—	106	—	—	139	37	176	128	341
— Bereich Finanzen —	b)	—	—	—	—	16	1	—	—	29	—	—	46	76	235	472	783
Bundesminister für Wirtschaft u. Finanzen	a)	2	—	8	—	—	21	—	—	83	—	—	114	29	176	130	335
— Bereich Wirtschaft —	b)	—	—	—	2	4	1	—	2	19	41	40	109	27	169	479	675
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a)	1	—	6	—	—	10	—	—	49	—	—	66	16	103	74	193
	b)	—	—	—	—	—	2	—	2	16	40	58	118	5	54	79	138
Bundesminister für Arbeit u. Sozialordnung	a)	1	—	5	—	—	13	—	—	59	—	—	78	21	76	56	153
	b)	—	2	—	14	1	45	1	—	1	4	—	68	4	34	51	89
Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (Epl. 12)	a)	1	—	8	—	—	12	—	—	60	—	—	81	22	129	96	247
	b)	—	—	—	—	—	2	7	—	7	20	4	40	70	266	598	934
Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (Epl. 13)	b)	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	2	1	3	3	7
Bundesminister der Verteidigung	a)	2	2	7	—	—	22	—	—	118	—	—	151	41	266	177	484
	b)	—	—	1	—	8	4	2	17	15	78	—	125	272	1 148	2 534	3 954
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	a)	1	—	3	—	—	5	—	—	32	—	—	41	17	46	33	96
	b)	—	—	—	1	—	—	—	2	8	24	46	81	3	26	133	162
Bundesverfassungsgericht	a)	2	14	—	—	—	—	1	—	—	—	—	17	1	3	1	5
Bundesrechnungshof	a)	1	—	1	—	—	7	—	—	48	—	—	57	—	27	20	47
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	a)	1	—	2	—	—	7	—	—	26	—	—	36	9	41	39	89
	b)	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	4	14	25	43
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	a)	1	—	2	—	—	5	—	—	15	—	—	23	8	24	16	48
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	a)	1	—	3	—	—	4	—	—	15	—	—	23	5	17	12	34
	b)	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	2	2	—	7	9
Bundesminister für Bildung u. Wissenschaft	a)	2	—	5	—	—	10	—	—	42	—	—	59	15	108	74	197
	b)	—	—	—	—	—	—	—	1	3	—	1	5	—	3	8	11
Bundesschuldenverwaltung	b)	—	—	—	1	—	—	—	1	1	—	—	3	1	3	3	7
Geschäftsstelle der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung	a)	—	—	1	—	—	1	—	—	3	—	—	5	1	3	2	6
Summe	a)	26	19	96	—	1	209	2	—	910	—	—	1 263	318	1 647	1 189	3 154
Summe	b)	—	5	20	55	31	312	12	31	221	242	149	1 078	679	2 799	5 853	9 331
Insgesamt		26	24	116	55	32	521	14	31	1 131	242	149	2 341	997	4 446	7 042	12 485
*) darin enthalten für Polizeivollzugsbeamte im Bundesgrenzschutz		—	—	—	—	1	5	—	—	5	—	—	11	16	27	A 13: 75 A 14: 87	205

Personalübersicht

der Beamten und Richter

Leerstellen —

Bundeshaushaltsplans 1972

Besoldungsgruppen																	Gesamtzahl der Planstellen
Besoldungsordnung A																	
Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst					Einfacher Dienst							
A 13	A 12	A 11	A 9/10	Zus.	A 9	A 8	A 7	A 5/6	Zus.	A 5	A 4	A 3/4	A 3	A 2/3	A 1/2	Zus.	
5	2	1	1	9	2	1	—	—	3	7	2	—	—	—	—	9	36
72	26	30	22	150	58	19	25	7	109	177	70	—	—	63	—	310	753
7	3	1	1	12	1	1	—	—	2	4	1	—	—	7	—	12	47
33	12	5	1	51	12	5	—	—	17	15	5	—	—	3	—	23	194
24	13	13	5	55	11	5	4	—	20	7	7	—	—	5	—	19	183
161	62	48	56	327	49	32	23	10	114	16	11	—	—	47	—	74	818
94	200	267	244	805	31	73	67	15	186	16	32	—	—	58	—	106	1 885
163	67	34	84	348	48	27	2	—	77	18	17	—	—	21	—	56	847
101	253	854	1 556	2 764	276	1 167	3 264	3 767	8 474	11	2 348	—	5 327	2	3 917	11 605	23 820
51	17	10	5	83	37	14	5	—	56	12	7	—	—	11	—	30	340
50	101	180	116	447	45	79	56	11	191	41	61	—	7	13	25	147	2 017
306	104	45	2	457	97	33	10	—	140	15	19	—	—	15	—	49	1 126
418	1 203	2 925	5 214	9 760	1 682	6 238	8 287	4 537	20 744	243	913	—	2	361	—	1 519	32 852
194	66	29	7	296	39	14	6	2	61	12	24	—	—	29	—	65	871
19	67	147	236	469	19	61	91	55	226	4	17	—	10	—	15	46	1 525
100	37	16	4	157	32	11	3	1	47	8	6	—	—	18	—	32	495
7	11	28	29	75	3	4	3	—	10	1	—	—	—	—	—	1	342
108	37	16	1	162	12	6	4	1	23	8	13	—	—	16	—	37	453
19	38	52	66	175	16	8	3	—	27	7	7	—	2	2	3	21	380
126	51	20	4	201	12	6	—	—	18	4	9	—	—	9	—	22	569
190	680	850	810	2 530	279	879	1 047	646	2 851	39	51	2	—	15	2	109	6 464
5	9	15	10	39	1	2	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	51
381	131	63	66	641	199	222	154	85	660	102	82	—	—	137	—	321	2 257
629	1 387	3 721	6 894	12 631	778	3 533	4 322	5 334	13 967	188	303	36	156	83	23	789	31 466
72	25	11	1	109	12	4	5	—	21	5	10	—	—	5	—	20	287
5	4	17	23	49	1	2	2	—	5	—	—	—	—	—	—	—	297
9	4	2	1	16	3	3	1	1	8	6	3	—	—	1	—	10	56
208	27	4	3	242	20	8	4	—	32	4	3	—	—	2	—	9	387
55	20	9	2	86	4	3	2	—	9	2	5	—	—	8	—	15	235
1	6	15	27	49	1	5	8	5	19	—	—	—	—	2	—	2	114
33	14	5	5	57	5	3	—	—	8	1	7	—	—	4	—	12	148
31	11	8	4	54	9	3	3	—	15	9	6	—	—	3	—	18	144
1	2	1	7	11	—	1	2	—	3	—	—	—	—	—	—	—	25
66	22	11	13	112	6	2	2	1	11	3	4	—	—	2	—	9	388
—	—	3	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20
5	12	17	23	57	4	4	5	2	15	—	2	—	—	2	—	4	86
2	2	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15
2 207	753	381	288	3 629	668	422	253	108	1 451	435	311	—	—	406	—	1 152	10 649
1 544	3 973	9 092	15 256	29 865	3 136	12 056	17 157	14 372	46 721	550	3 734	38	5 504	538	3 985	14 349	101 344
3 751	4 726	9 473	15 544	33 494	3 804	12 478	17 410	14 480	48 172	985	4 045	38	5 504	944	3 985	15 501	111 993
—	37	311	A 9: 173 A 10: 463	984	251	1 064	A 7: 1 738 A 7 + Z: 1 397	A 5: 1 274 A 6: 2 425	8 149	—	2 284	—	5 304	—	A 1: 1 299 A 2: 2 607	11 494	20 843

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

**B. Übersicht über die Stellen
im Regierungsentwurf des**

Geschäftsbereich		Außer- tarifliche Ange- stellte	in den						
			ADO	I a	I b	II a	II b	III	IV a Kr. 10
Bundespräsidialamt	a)	—	2	—	1	—	—	1	5
Deutscher Bundestag	a)	3	2	9	3	10	—	3	8
Bundesrat	a)	—	—	—	—	—	—	1	1
Bundeskanzleramt	a)	2	1	—	1	1	—	—	4
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	4	10	32	46	45	—	17	37
Auswärtiges Amt	a)	—	4	4	19	12	—	7	11
	b)	—	—	16	38	118	—	7	15
Bundesminister des Innern	a)	—	1	3	6	10	2	5	9
	b)	19	6	18	55	115	5	50	189
Bundesminister der Justiz	a)	—	1	1	1	1	2	2	1
	b)	5	—	—	—	4	1	1	—
Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Finanzen —	a)	2	2	11	6	2	—	23	5
	b)	33	1	3	28	177	12	100	233
Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen — Bereich Wirtschaft —	a)	—	1	18	14	18	—	31	28
	b)	4	1	11	84	120	—	28	97
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a)	—	—	3	3	11	—	6	9
	b)	—	1	12	169	195	1	9	43
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	1	2	2	8	7	—	5	13
	b)	—	—	—	5	5	—	3	7
Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (Epl. 12)	a)	1	—	8	1	14	—	33	13
	b)	—	1	3	30	90	3	31	229
Bundesminister der Verteidigung	a)	1	2	19	18	22	—	20	14
	b)	6	7	1	68	283	95	80	551
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	a)	—	—	—	2	4	—	2	4
	b)	—	—	1	18	52	—	4	11
Bundesverfassungsgericht	a)	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesrechnungshof	a)	—	—	—	—	—	1	2	—
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	a)	—	3	4	7	3	—	5	6
	b)	—	—	1	4	8	—	2	9
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	a)	—	3	5	4	8	—	9	3
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	a)	—	5	—	1	5	—	3	2
	b)	—	2	2	12	31	4	6	6
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	a)	—	—	—	9	8	—	6	7
	b)	12	—	2	7	15	—	—	—
Bundesschuldenverwaltung	b)	—	—	—	—	1	—	2	8
Zivile Verteidigung	b)	—	—	—	—	—	—	—	—
Geschäftsstelle der Bund-Länder- Kommission für Bildungsplanung	a)	—	—	—	—	—	—	—	—
Krankenschwestern (BMVg)	b)	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe a)		14	39	119	150	181	5	181	180
Summe b)		79	19	70	518	1 214	121	323	1 398
Insgesamt		93	58	189	668	1 395	126	504	1 578

*) ohne Schreib- und Fernschreibdienst

der Angestellten und Arbeiter
Bundeshaushaltsplans 1972

Vergütungsgruppen										Schreib- und Fern- schreib- dienst	Gesamt- zahl der Stellen für An- gestellte	Gesamt- zahl der Stellen für Arbeiter
IV b Kr. 9	V a Kr. 8	V b Kr. 7	V c Kr. 6	VI a	VI b Kr. 5	VII *) Kr. 3 + 4	VIII *) Kr. 2	IX b *) Kr. 1	X			
2	—	5	2	—	8	5	5	—	1	9	46	17
19	3	51	59	—	171	59	18	5	25	114	562	209
2	—	4	19	—	12	1	4	—	10	6	60	6
7	—	10	11	—	26	12	9	8	13	52	157	45
35	15	40	15	5	59	28	36	17	24	73	538	29
16	1	68	72	—	70	39	34	11	56	238	662	89
20	—	214	78	—	773	199	34	6	60	430	2 008	713
13	1	28	34	—	71	28	14	—	28	205	458	52
193	224	324	517	8	576	1 403	569	52	102	932	5 357	3 566
2	—	11	26	—	43	28	14	—	15	70	218	36
1	12	31	89	—	131	338	294	186	57	568	1 718	167
12	—	26	45	—	77	39	17	2	63	263	595	56
346	90	641	194	—	652	1 246	439	109	185	2 404	6 893	3 245
16	—	53	69	—	71	55	24	3	67	273	741	81
143	147	125	188	—	277	285	118	22	79	223	1 952	311
5	—	10	44	—	37	23	11	1	19	113	295	64
68	57	192	214	—	355	213	137	13	13	179	1 871	829
5	—	23	31	—	60	15	15	2	22	109	320	64
19	—	36	46	—	62	73	28	1	23	116	424	51
10	3	29	59	—	96	14	15	2	48	173	519	45
271	270	164	379	3	647	1 416	1 180	113	254	557	5 641	948
17	1	71	126	—	248	216	32	—	—	536	1 343	212
706	196	1 170	988	—	5 827	8 510	18 515	604	1 523	13 450	52 580	86 313
3	—	11	9	—	23	4	8	—	21	71	162	16
10	18	112	84	—	144	104	84	6	23	73	744	229
1	—	3	4	—	2	2	—	2	3	21	38	11
4	—	5	12	—	31	1	4	2	7	27	96	11
7	—	8	22	—	30	10	9	—	15	58	187	15
7	2	4	6	—	12	12	3	2	—	25	97	6
13	—	10	13	—	24	12	5	—	14	43	166	11
4	—	21	19	—	17	8	4	1	20	49	159	26
11	—	43	5	1	32	11	13	5	12	33	229	20
6	—	18	16	—	59	13	2	—	25	89	258	24
2	1	10	9	—	16	17	13	3	—	4	111	33
15	—	30	6	—	78	81	64	1	18	30	334	19
—	—	—	—	—	—	1	8	—	—	—	9	4
—	—	1	—	—	5	—	1	2	—	4	13	2
1	1	6	24	—	93	519	—	—	—	—	644	—
199	24	506	707	5	1 240	612	281	58	496	2 596	7 593	1 121
1 813	1 018	3 102	2 827	12	9 675	14 428	21 499	1 123	2 349	19 024	80 612	96 454
2 012	1 042	3 608	3 534	17	10 915	15 040	21 780	1 181	2 845	21 620	88 205	97 575

C. Übersicht
über die Planstellen der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit
im Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplans 1972

Bes.-Gr.	Dienstgrad	Gesamtzahl der Planstellen	
		Ministerium	Nachgeordneter Bereich
B 10	Generale	1	2
B 9	Generalleutnante, Vizeadmirale usw.	6	12
B 7	Generalmajore, Konteradmirale usw.	7	48
B 6	Brigadegenerale, Flottillenadmirale usw.	28	110
	zusammen Generale	42	172
B 3	Oberste, Kapitäne z. S. usw.	152	215
A 16	Oberste, Kapitäne z. S. usw.	52	832
A 15	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	421	1 978
A 14	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	273	4 727
A 13	Majore, Korvettenkapitäne usw.	117	4 214
A 12	Hauptleute, Kapitänleutnante	24	869
A 11	Hauptleute, Kapitänleutnante	132	9 256
A 10	Oberleutnante, Oberleutnante z. S.	91	9 294
A 9	Leutnante, Leutnante z. S.	31	6 205
	zusammen übrige Offiziere	1 293	37 590
A 10	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	5	800
A 9	Stabsfeldwebel, Stabsbootsmänner, Hauptfeldwebel	211	2 653
A 8 mZ	Hauptfeldwebel, Hauptbootsmänner	76	21 441
A 7 mZ	Oberfeldwebel, Oberbootsmänner	3	28 198
A 7	Feldwebel, Bootsmänner	—	27 232
A 6	Stabsunteroffiziere, Obermaate	—	38 026
A 5	Unteroffiziere, Maate	—	37 655
	zusammen Unteroffiziere	295	156 005
A 4	Hauptgefreite	—	25 327
A 3	Obergefreite	1	21 877
A 2	Gefreite	—	28 648
	zusammen Mannschaften	1	75 852
	Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit insgesamt	1 631	269 619
	Nachrichtlich: Wehrpflichtige (W 18) einschließlich Wehr- übende		214 750